



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

20.03.1931 (Nr. 20)

Bremer Nationalsozialistische Zeitung

Parteiamtliches Organ der Bremer Nationalsozialisten



Geschäftsstelle und Redaktion: Bremen, Bahnhofstr. 26.
Fernsprecher Domsh. 25878. Erscheint wöchentlich 2 mal.
Bezugspreis monatlich 0,92 RM einschließlich Bestellgeld.
Verlagsort Oldenburg (Oldbg.).

Anzeigen: 10-gesp. Nonpr.-Zeile 0,25, auswärts 0,30 RM.
Stellengef. und Fam.-Anz. 0,10 RM. Kleine Anz. 0,15 RM.
Ergänzungspreise können nicht gestellt werden, wenn das
Erscheinen irgendwie verhindert ist.

Nr. 20

Mittwoch

25. März

1931

Arbeiterkammerwahl ungültig.

Blutiger Wahlterror! Was gedenkt der Senat zu tun?

Arbeiterkammerwahl ungültig.

Blutiger Wahlterror! Was gedenkt der Senat zu tun?

Der Wahlausschuss hatte beschlossen, amtliche Stimmzettel zur Bremer Arbeiterkammerwahl herauszugeben. Dieser Beschluss wurde dem Bremer Senat mitgeteilt, der Senat lehnte jedoch über die Unregelmäßigkeiten des Wahlausschusses hinaus die Ausgabe amtlicher Stimmzettel ab. Die einzelnen Parteien mussten also ihre Stimmzettel am letzten Sonntag vor den Wahllokalen durch ihre Vertreter verteilen lassen.

Wie vorausgesehen war, beeinflusste diese Bestimmung den ordnungsgemäßen Verlauf der Wahl aufs allergeringste. Durch Terror, tätliche Behinderung und sogar Diebstahl der Stimmzettel war für unsere Liste eine reibungslose Abwicklung der Wahl ausgeschlossen. So wurde zum Beispiel unser Zettelverteiler in Gramble einfach brutal niedergeschlagen, sodass er in seine Wohnung geschafft werden musste. Es konnte hier kein Stimmzettel unserer Liste weiterhin an die Wahlberechtigten abgegeben werden, eine Wahlbeeinflussung wie sie sich größer wohl kaum gedacht werden kann!

Vor dem Wahllokal in der Schule am Oldenbof wurde unser Stimmzettel verteilender Parteigenosse tätlich angegriffen. Die Stimmzettel wurden ihm aus der Hand gerissen, und bis zum Eintreffen neuer Stimmzettel, war auch hier die Stimmabgabe für unsere Liste unmöglich.

Vor dem gleichen Wahllokal wurde später am Nachmittag ein anderer Parteigenosse tätlich angegriffen. So wurde zum Beispiel unser Zettelverteiler in Stimmzettel gehindert. Da hier der polizeiliche Schutz in keiner Weise genigte, sahen wir uns sogar gezwungen, unseren Stimmzettelverteiler zurückzuziehen, um ihn nicht unnötiger Lebensgefahr auszusetzen.

Zeugen für die terroristischen Wahlbeeinflussungen und Störungen können wir in genügender Anzahl beibringen!

In sehr vielen Fällen wurden die Wähler durch Drohen und Mißtrauen, gebendes Hinweisen auf unsere Parteigenossen überhaupt daran gehindert, in den Besitz unserer Stimmzettel zu gelangen!!

In einem Schreiben vom 23. März 1931 an das Wahlamt in Bremen hat die Parteileitung der NSDAP

gegen die Wahl zur Arbeiterkammer Einspruch erhoben. — Als die Vorkommnisse, der Wahlterror und die Wahlbeeinflussungen waren nach der Mord- und Bluthetze der roten Presse in den letzten Tagen voranzutreiben. Deshalb müssen wir den Senat für die Geschehnisse am letzten Wahlsonntag verantwortlich machen! Wir müssen ihn verantwortlich machen für den Terror und das vergossene Blut unserer Kameraden.

Wir fragen den Senat: Warum konnte nicht durch Verteilen eines amtlichen Stimmzettels ein glatter, gerechter und unbeeinflussbarer Wahlgang ermöglicht werden?

Wir fragen den Polizeikommissar: Warum wurde kein genügendes polizeiliches Aufgebot, kein genügender Polizeischutz gestellt, der eine ordnungsgemäße Wahlhandlung garantiert hätte?

Aber der Senat hat ja scheinbar viel Wichtiges zu überlegen: die Selbstrettung, und Herr Polizeikommissar hat vielleicht viel größere Sorgen durch Kränken von Schönheitsfingern auf republikanischen Felsen!

Wir wünschen, daß sich j. B. die hiesige NSDAP an Ort und Stelle einmal von den „konsolidierten“ Verhältnissen im Westen überzeugen. Wenn beispielsweise Herr Professor Diez in der Fabrikstraße wohnen würde, sollte er uns einmal die Frage beantworten, wie er sich die Folgen der Schwächung der Polizeibezirke im Westen vorstellt!!

Der Terror nimmt immer mehr an Aufmaßen zu. Wir warnen, den Verhältnissen freien Lauf zu lassen!!

Durch die Vorkommnisse am letzten Sonntag, durch den Terror einer Schicht, die einen gerechten und christlichen Wahlgang fürchten muß, hat das Wahlergebnis ein durchaus falsches Bild ergeben!

Wir fordern die Gewährleistung einer geheimen und unbeeinflussbaren Wahl.

Wir erklären die Bremer Arbeiterkammerwahlen vom 22. März 1931 als ungültig und fordern eine Wiederholung der Wahl mit amtlichen Stimmzetteln, denn nur die Ausgabe amtlicher Stimmzettel garantiert ein ehrliches, reibungsloses Abwickeln des Wahlganges!

Gegen die Monopolstellung Bata's in der Tschechoslowakei.

Ein nationalsozialistischer Antrag angenommen.

Der Gewerbeausschuss des Abgeordnetenhauses beschäftigt sich mit dem Ueberhandnehmen der Bata-Filialen in allen Städten, die dadurch, daß sie nun auch die Schuhreparaturen übernehmen, tausenden Schuhmachermeister die letzte Existenzmöglichkeit rauben. Die deutschen Nationalsozialisten stellen den Antrag, daß die Regierung die Sperrung der Reparaturwerkstätten Bata's verweigere und einen diesbezüglichen Gesetzentwurf dem Abgeordnetenhaus zuweisen solle. Der Antrag wurde angenommen.

Notheit eines Landjägers.

Kleine Anfrage des Abg. Kube (N.S.D.A.P.).

Die deutsche nationale Gruppe im Niedersächsischen Reichstag (N.S.D.A.P.) hat unter dem 10. März 1931 an den Landrat des Kreises Königslutter eine Beschwerde gegen einen Landjägermeister wegen Mißbrauches der Waffengewalt erstattet.

Der betreffende Landjägermeister hat einen Nationalsozialisten ohne jede Veranlassung mit dem Gummiknüppel über den Schädel geschlagen und ihn dann mit dem Kopf gegen den Torpfosten gestoßen. Der

Mißhandelte mußte ohnmächtig im Auto abtransportiert werden.

Als Zeugen, die der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei nicht angehören, den Namen dieses Preußenbeamten forderten, drohte dieser Mann, er würde alle niederschlagen, die sich nicht sofort fortsetzen. Da Interesse daran besteht, diesen preußischen Beamten der Staatsanwaltschaft zu übergeben, frage ich das Staatsministerium:

Wie heißt der Landjägermeister, seit wann ist er im Dienst und beabsichtigt das zuständige Ministerium, ihn weiter im Außendienst zu beschäftigen?

80000 Mark für Einoleumbelag.

Kleine Anfrage des Abg. Kube (N.S.D.A.P.).

In der Strafanstalt Woblan, Bez. Breslau, beschwerte sich ein kommunistischer Gefangener über den Einoleumbelag der Strafanstalt beim Justizministerium. Daraufhin wurde der ganze Flügel der Strafanstalt mit neuem Einoleumbelag belegt. Es sollen 80000 Mk. dafür erforderlich sein.

Ich frage das Staatsministerium:

1. Wie hoch sind die Ausgaben für den neuen Einoleumbelag in der Strafanstalt Woblan?

2. Wie vereinbart sich diese Ausgabe mit der sonst so bekannten Sparnotwendigkeit der preußischen Verwaltung?

Staatsbankrott.

Von Erich Koch, M. d. R.

Die deutsche Öffentlichkeit hat noch nicht gelernt, aus Zahlenangaben politische Schlüsse zu ziehen. Sonst hätte die Veröffentlichung der Regierung über den Stand der Reichsfinanzen vom 31. Dezember ganz anderes Aufsehen erregen müssen, als dies in Wirklichkeit der Fall war.

Denn der Ausweis der Regierung bezifferte das offizielle Defizit des Reichshaushalts für die Zeit von April bis Dezember 1930 auf 1189,5 Millionen Mark. Nimmt man — günstigerweise — an, daß der Zuwachs des Defizits im letzten Quartal des Staatjahres ungefähr gleichbleibt, dann endet das Staatjahr 1930-31 mit einem Gesamtdefizit von 1,6 Milliarden Mark.

Damit ist natürlich das gesamte Programm der Regierung Brünning wieder über den Haufen geworfen, die nach den Erklärungen des Reichsfinanzministers Dietrich im Reichstag — mit einem Fehlbetrag von 800 Millionen Mark, also gerade der Hälfte des eingetretenen Fehlbetrages gerechnet hatte. Da die Regierung keinerlei Maßnahmen mehr zur Verfügung hat, auch die 500 Millionen des strenger Kredits längst aufgebraucht sind, so bleibt als einziger Ausweg das Scheitern.

Ausgabeneinschränkung und Steuererhöhung.

Wir Nationalsozialisten haben immer wieder darauf hingewiesen, daß für uns beide Wege ungangbar sind. Denn beide führen dieses verelendete, hungrige, notleidende deutsche Volk nur immer tiefer ins Elend, drücken seine Existenzmöglichkeit auf ein menschenunwürdiges Niveau und verderben es an Körper und Seele. Wir haben daher stets die einzig mögliche Konsequenz aus dieser Lage gezogen, wenn wir forderten:

„Schlaf mit der Erfüllungspolitik! erst Brot, dann Reparationen!“

Wir werden daher auch in der Folge diesen Standpunkt dem deutschen Volke gegenüber vertreten und werden ihm immer wieder den irrtümlichen Zusammenhang zwischen der Erfüllungspolitik und seiner Not aufzeigen und klarmachen.

Was die Pläne der Regierung im einzelnen betrifft, so widersprechen sie in Richtung und Umfang ebenfalls unserem Willen. Statt einer durchgreifenden Herabsetzung der hohen Einkommen, wie wir dies fernerzeit im Reichstag verlangten, beschließen die Youngparteien stets den gleichmäßigen Abbau der Gehälter und Löhne, was naturgemäß zu einer schrecklichen Ungerechtigkeit und Untertätigkeit bei den unteren Stufen führt.

Zur Zeit allerdings erscheint es noch völlig unerfindlich, wo die Regierung trotzdem die fehlende Milliarde herausholen soll, jedoch der Schluss nahe liegt, daß neue Bankschulden aufgenommen werden sollen. Daß durch eine solche Praxis der endgültige Zusammenbruch nur hinausgeschoben, nicht verhindert wird, ist offensichtlich zumal die Zinsen der neuen Anleihe — bei der man auf französische Gelder hofft, — die Lage nur wiederum verschärfen.

Den wahren Einblick in den tatsächlichen Staatsbankrott, der durch allerbaldigste Finanzunterschiede nur verschleiert ist, erhält man nämlich erst, wenn man den Reichsschulden noch die Schulden der Länder und Gemeinden anfügt. Nach den vorliegenden Uebersichten

Bekannt Euch nicht nur innerlich,
sondern auch öffentlich zum Nationalsozialismus.

ist hier mit einer Summe von 1,2 Milliarden Mark zu rechnen,

so daß allein das Defizit der öffentlichen Körperschaften mit rund 2 Milliarden Mark anzunehmen ist, für die feinerlei Deckung vorgesehen ist!!

Zu diesem staatlichen Defizit, das also nicht einmal auf dem Papier abgedeckt werden kann, kommt das privatwirtschaftliche. Nach den Schätzungen des statistischen Reichsamtes beträgt der Saldo der Auslandsdarlehen an die deutsche Wirtschaft ca. 16,3 bis 17,3 Milliarden.

Das entspricht mit den hiermit meist aufgezwungenen Zinsföhen einer jährlichen Zinslast von mindestens 1,5 Milliarden Mark,

die also Jahr für Jahr neben den Tributverpflichtungen von Deutschland gezahlt werden müssen.

Es ergeht unter solchen Umständen schlechterdings unerfindlich, wie das heutige System um die offene Erklärung seines Bankrottes herumkommen will. Das Volk hat ein feines Organ für die Ausweglosigkeit der heutigen Situation und klammert sich daher mit aller Kraft an den Nationalsozialismus, von dem allein es noch Rettung erwartet. Darin kommt eben so zum Ausdruck der Wille, die Tributflaverei endlich abzuschütteln, als auch von jener Zinsverschlavung frei zu werden, die zum Wesen des kapitalistischen Systems gehört. Hierin liegt es nicht zuletzt begründet, daß alle bürgerlich-nationalen Rettungsversuche von vornherein zum Scheitern verurteilt bleiben müssen, da sie an jener „privatkapitalistischen“ Zinsverschlavung nichts ändern können und nichts ändern wollen.

Von welcher Seite man darum auch das deutsche Problem ansieht, ob von der staatlichen oder der kulturellen oder schließlich der wirtschaftlichen, immer ergibt sich das Resultat:

„Nur der Sieg des Nationalsozialismus vermag Rettung zu bringen!“

Parlamentarismus von Heute.

Eine kurze Skizzierung einer jener vielen Reichstags-sitzungen wie sie nur in einem Hungen-Deutschland möglich sind.

Deutsche Außenministerkandidaten ???

Es ist bereits 12 Uhr mittags, daher sieht man im Plenum zu dieser frühen Morgenstunde vor lauter Mühen keinen Abgeordneten. So geht denn auch die zweite Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums ohne Temperament und Schwung weiter, wie wir es bei allen Beratungen seit Ausmarsch der nationalen Opposition gewöhnt sind. Auch die Auftritte des gestrigen Abends, wo sich Kommunisten und Sozialdemokraten so hübsch in den Haaren lagen, sind längst vergessen und ihre Erregung hallt nicht mehr nach. Nach Abschluß der Aussprache geht das hohe inwischen ein wenig voller gedordene Haus zur Beratung des Auswärtigen Amtes über. Nach Verlesung des üblichen Berichtes durch den Abg. Dr. Schnee (DVP) machte Reichsaussenminister Dr. Curtius einige ergänzende Ausführungen zum eigentlichen Haushalt, ohne auf die hohe Politik einzugehen. Etwas mehr Tempo kommt erst in die Beratungen, als der Kommunist Stöcker zum Generalangriff gegen SPD und Zentrum übergeht und schließlich mit der Behauptung der Sozialunion endet. Die kommunistische Reichstagsfraktion hat einen Mißtrauensantrag gegen den Reichsaussenminister Dr. Curtius eingebracht. In einem weiteren Antrag wird vom Reichstag gefordert, daß er die Erklärung des Reichsaussenministers mißbilligt, die eine „koloniale Wiederbetätigung Deutschlands“ verlangt.

Nacheinander melden sich die großen Außenpolitiker ihrer Parteien zu Wort, wie Dr. Schreiber, Sachse, Schnee und Abel. Währenddessen führt auf der Ministerbank Dr. Curtius wichtige Bepredungen mit den Außenministerkandidaten Breitfeld und Kaas. Es ist leicht, mit einem solchen West-Parlament zu regieren, in dem sie alle so schön sind bis auf einige Kommunisten, die eigentlich nur so tun, als ob sie „wilde Männer“ wären. Die Diplomatensage ist ganz leer, ein Zeichen, daß das Ausland über Deutschlands Außenpolitik zur Tagesordnung übergeht.

Rehrt die nationale Opposition zurück?

Wie die Weiser-Zeitung zu berichten weiß, wollen die Oppositionsparteien kurz in den Reichstag zurückkehren um bei der Abstimmung die Annahme des polnischen Handelsvertrages die sowohl für die Ostmark als für die Landwirtschaft katastrophal wirken könnten, zu verhindern.

Et, ei, also müssen wir kommen, um die polnischen Gefährte abzuwehren. Und dabei tut das Zentrum immer so bauerfreundlich. Warum verhindert denn Herr Brüning nicht mit Art. 48 den Polenvertrag? Der Diktaturartikel hat sich doch sonst so gut bewährt.

Der Nationalismus in Abwehr.

Antwort auf Ludenthorffs „Weltkrieg droht“.

Ein früherer intimer Mitarbeiter des Generals Ludenthorff, der jetzige Pp. Georg Ahlemann, Oberstleutnant a. D. hat eben unter obigem Titel eine 64 seitige Schrift herausgegeben, die zur Abwehr der gegen den Nationalsozialismus und seinen Führer Adolf Hitler gerichteten ungeheuerlichen Angriffe geschrieben ist. Wir machen die gesamte deutsche Öffentlichkeit auf diese zur Massenverbreitung bestimmte Schrift aufmerksam. Preis 50 Pfg. außer Porto, 50 Stück 23,75 Mk., 100 Stück 45.— Mk., 250 Stück 100 Mk. (nur gegen Nachnahme), 500 Stück 190 Mk., 1000 Stück 350 Mk. (galtbar innerhalb 14 Tagen nach Empfang auf Postfachkonto Dresden 30356 Hans. Plasnid, Großenhain i. Sa.). Bestellungen an Schriftvertrieb Hans Plasnid, Großenhain i. Sa.

Tretet ein in die SA.

Panzerkreuzerpartei.

Die feiste, alte SPD., der gewisse Sessel an gewisse Körperstelle angewachsen sind, sie schludt, jappst und stöhnt!! Oh, wie sauer wird ihr das, der Broden ist wirklich auch so schwer, zu widerspenstig und borstig!

Vor ihr steht der angstschweißende Dinkel Doktor mit furchtsam-fragernder Miene: „Ob sie das hinunter bekommen? — Wenn das Ding mal nur erst eingenommen wäre“. Es hängt für den Doktor ja so viel davon ab.

Verdaut werden kann das nie! an solcher Medizin platzt ja selbst ein gesunder Organismus!

Eine Sorge plagt den schwarzen Doktor nur, daß die Sozen diese Unverdaulichkeit noch vor dem Einnehmen merken könnten, haben sie erst einmal geschluckt, dann ist er wieder obenau, dann kann er wieder sagen: Nach mir die Sündflut!

Und richtig, die SPD. hat geschluckt.

Nach vielem Stöhnen, Wehgen und Würgen, ist endlich der kleine Panzerkreuzer im roten Schlund verschwunden!

Vergessen die Parolen: „Kinderpeisung statt Panzerkreuzer“, vergessen all die Phrasen, all das Theater in vielen tausenden Versammlungen. Vergessen ist die Hege-gegen Marine und Meer, vergessen die Demonstrationen und Programmpunkte, ganz gleich, der Panzerkreuzer wurde geschluckt!

Auch da gibt es noch fursichtige Toren, Kritiker und ewige Besserwisser, Engstirnige und Kurzstirnige, die den Auszug der 107 aus dem Reichstag nicht verstehen konnten.

Jetzt beweist sich langsam die kluge Taktik und weise Voraussicht, die feine Berechnung der „Parlamentarischen Säuglinge und Waisenknaben“. Die alten erfahrenen Parlamentargreife mit den erseffenen Hornhäuten sind gründlich hereingefallen.

Der alte König August von Sachsen sagte einmal: „Macht Euren Dreck alleine“. So ähnlich dachte die nationale Opposition, als sie gewisse Leute alleine ließ und wieder ins Volk ging, dort, wo sie hingehört.

Der Parlamentarismus, eine bemerkenswerte Angelegenheit von Mehrheit und Stimmenscheiden, nicht,

beißt und kneift nun plötzlich seine eigenen „geistigen“ Väter, denn überall fehlt die Opposition, nirgendwo stimmt die Rechnung, üble Zwistmühle!

Und am den Haushalt zu retten, den vor der Wahl so verschrieenen Notverordnungs-Bräunung zu stützen, muß die SPD. ihre alten, rändigen Pelze ablegen, all ihre Traditionen und Phrasen ins Gesicht schlagen, steht sie da, nackt und bloß, in ihrer schamlosen Verlogenheit. Die Wähler wurden wieder mal infam betrogen.

Durch den Stimmenenthalt beim Wehretat wurde die Bräunung dem deutschen Volke gerettet. 24 Abgeordnete der SPD. sind dieser Sitzung ferngeblieben, zu müde, ihre Meinung den Fraktionsgenossen ins Gesicht zu schleudern, den Verrat der SPD. zu offenbaren. Eben nur parlamentarisches Verantwortungsbewußtsein!!

Wären die Nationalsozialisten im hohen Hause (von wegen Ribbentrop) geblieben, die Sozis hätten treu und bieder, ohne noch roter zu werden, von der Tribüne herunter tapfer gegen den Wehretat gewettert; sie konnten ja in dem Falle mit den 107 Stimmen der lieben Nazis rechnen, diesmal aber stimmte die alte bewährte Rechnung nicht, die nationale Opposition blieb aus, und die SPD. mußte Farbe bekennen und blamierte sich unsterblich.

Während die dicken Herren mit Doppelflunn und Spednaden noch fiebernd am Bissen „Panzerkreuzer“ verbauden, fracht es um sie herum bedrohlich im Gebell. Die SPD., der Nachwuchs der Partei macht nicht mehr mit. Der anfängliche, ehrliche Kämpfer kommt zu uns, der Rest geht zur Kommune.

Und während die Bauchrevolutionäre beraten, sitzen und nochmals sitzen gegen unsere 107 Männer der Tat mit Trommeln der Wahrheit über das Land.

Während der durch den Streikbruch der Kommune leider noch beschlußfähige Reichstag sich weiter unbeliebt macht, geht eine Welle der Aufrührung, ein Sturm der Entrüstung durch das Volk.

Grell beleuchtet wurde durch uns der Betrug der SPD. Wie war ein Verrat offensichtlich.

Die Väter dieses Systems entlarven sich als Lügner.

Arbeiter! Soldaten! Bauern!

An Alle!

Die alte Regierung ist gestürzt. Die alten Macht-haber sind geflohen. Die Beauftragten des Volkes haben die Gewalt in ihre Hände genommen.

1. Das Deutsche Reich ist eine Republik.
2. Das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt.
3. Der Präsident der Vereinigten Staaten Amerikas sichert uns einen Frieden der Versöhnung und Verständigung zu ohne Annexionen und Entschädigungen.
4. Der Weltfrieden ist somit für die Zukunft gesichert.
5. Das französische und englische Volk beglückwünschen bereits das deutsche Volk zum Sturze seines Imperialismus.
6. Die englische Marine hat die rote Flagge gehißt.
7. Damit ist die Periode des Imperialismus endgültig beendet.
8. Der allgemeinen Überflutung steht hinfort kein Hindernis mehr im Wege.
9. Die Weltrevolution marschiert.
10. Die Geheimdiplomatie ist abgeschafft, indem sich in Zukunft die Völker selbst regieren, herrscht nunmehr das Recht.
11. Der Kapitalismus gehört in Zukunft einer überwindenden Zeit an.
12. Jeder Werktätige erhält gerechte Entlohnung.
13. Die Republik garantiert jedem Arbeit und Brot.
14. Die Lebensmittelpreise werden sofort herabgesetzt, die ungerechten Steuern beseitigt.
15. Die Volksozialisierung beginnt.
16. Schieber und Wucherer werden nunmehr ihrer gerechten Strafe zugeführt.
17. In der Republik ist kein Platz für Korruption.
18. Die Bürokratie ist beseitigt, das Volk regiert sich selbst.
19. Ein allgemeiner politischer Ausstieg wird die Folge sein!
20. Durch diese Revolution tritt unser Volk in den Zustand einer wahren Freiheit, Schönheit und Würde.

Werttätige! Bildet überall Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte!

Nüchert zum Kampf gegen die Reaktion!

Nie wieder Krieg! Es lebe die Republik! Es lebe die Weltrevolution!

Berlin, den 9. November 1918.

Der Rat der Volksbeauftragten.

Die Berräter vom November 1918 behaupten heute noch immer, daß sie es gemeint sind, die das deutsche Volk von dem verdamungswürdigen Vorkriegssystem erlöst haben, um etwas neues und besseres an seine Stelle zu setzen. Sie haben zwar etwas geschaffen, ob es aber etwas besseres ist, darüber brauchen wir nach diesen vergangenen 13 Jahren nicht mehr zu reden. Der heutige Zustand unserer deutschen Vaterlandes beweist jedem objektiven Beobachter ganz klar, daß man nichts besseres geschaffen hat.

Aufgerichtet werden sollte ein Staat in wahrer Freiheit, Schönheit und Würde. — Wir vermüssen aber heute Freiheit, erst recht Schönheit und von Würde kann überhaupt keine Rede mehr sein.

Der neu geschaffene Staat sollte jedem Arbeit und Brot garantieren — der Erfolg dieser Bepredung sind 5 Millionen Erwerbslose.

Die Lebensmittelpreise sollten im neuen Staat sofort herabgesetzt und die ungerechten Steuern beseitigt werden. — Erfolg: Unverhältnismäßige Verteuerung der Lebenshaltung und statt Beseitigung ungerechter Steuern Einführung, also demnach wohl „gerechte“ Steuern in Form von Krankensteuer, Rezeptsteuer, Erwerbslosensteuer, Kopfsteuer usw.

Durch die Errichtung des neuen Staates sollten der allgemeinen Überflutung hinfort kein Hindernis mehr im Wege stehen. — Erfolg: Gewaltige Aufrüstungen.

unserer ehemaligen Feinde und vollständige Wehrlosmachung Deutschlands!

Im neuen Staat sollten Schieber und Wucherer ihrer gerechten Strafen zugeführt werden. — Erfolg: Hier wollen wir lieber garnicht erst mit der Einführung von Gegenbeispielen beginnen, da der Raum dieser Zeitung hierfür nicht ausreichen würde.

Von den ganzen 19 angeführten Punkten ist nur der erste Wahrheit geworden, daß das deutsche Reich eine Republik ist, und will man noch einen Punkt als Wahrheit gewonnen herausstellen, so ist das Punkt 5, welcher besagt, daß Frankreich und England bereits das deutsche Volk beglückwünschen zum Sturze seines Imperialismus. Gewiß mag uns vornehmlich Frankreich hierzu beglückwünschen, aber nicht weil es sich freut, daß die Revolution vom November 1918 sich zum Vorteil Deutschlands auswirken könnte, sondern höchstens deswegen, weil es nunmehr in Deutschland einen Staat vor sich hat, den es dank seines revolutionären „Erfolges“ reiflos seinen Ausbeutungszielen zugänglich machen kann. Es ist sehr schön, derartige Aufrufe „An Alle“ zu verassen, aber wenn man in 13 Jahren nichts erreicht hat, als Deutschland zu knebeln, zu verflauen, seinen Feinden reiflos als Ausbeutungsobjekt in die Hand zu geben, da darf man wohl mit Recht rufen:

„Was gemacht, Ihr Bonzen, heraus aus den Sesseln. Es naht eine neue Generation!“

Ein feiner Offizier.

Zu Nr. 10 der Berliner Illustrierten Zeitung begann die Veröffentlichung eines ehemaligen Nachrichten-Offiziers der sich Mar Wild nennt. Beim Verlesen dieser Zeilen fällt uns an, daß es sich hier lediglich um eine Selbstbehauptung eines Menschen handelt, der es sehr geschickt versteht, sich persönlich in den Vordergrund zu schieben. Eigentümlich berührt der Inhalt, wenn man den letzten Satz des hierzu geschriebenen Wortwortes liest, der die Behauptung enthält, daß es sich bei dieser Veröffentlichung um ein egefreies Dokument der Menschheit handelt, die groß ist in ihrer Wahrheit. Ein feiner Offizier mit großen Vollmachten trifft im Schützengraben reiflos betrunken einen Bataillonsführer, der nicht mehr in der Lage sein soll, seinen Dienstobliegenheiten nachzukommen. Beim Lesen der in Verbindung hiermit gesagten groben Schimpfwoorte muß man fragen: „Ist das wahr?“, „Wer war dieser Offizier?“. Außerdem ist in diesem Artikel nicht hervorgehoben, daß es sich evtl. nur um einen Einzelfall handeln kann. Mit diesen Zeilen wird nicht nur das Offizierskorps sondern auch die ganze deutsche Kriegsmacht derartig in den Dreck getreten, daß diese auch im Ausland gelesene Zeitschrift bestimmt nicht dazu beiträgt, unser Ansehen in der Welt zu fördern. Man kann beim Lesen dieser Aufzeichnungen nur auf den Gedanken kommen, daß es sich wiederum um einen Schreiber handelt, der sich um jeden Preis bekannt machen will und für die Veröffentlichung den Illustrierten-Verlag auszuheben hat. (Ob der Schreiber auch gut bezahlt wird?) Wie es mit der Wahrheit der Schilderung bestellt ist, ergeht schon aus der Tatsache, daß jetzt schon General a. D. Vismann Veranlassung genommen hat, sich über den von ihm handelnden Abfah dabin zu äußern, daß das Gefüge meist ganz und garnicht stimmt.

Unsere Einstellung zu einem derartigen Geschriebel brauchen wir wohl nicht erst bekannt zu geben. Verfassern wollen wir aber nicht, darauf hinzuweisen, welche Schändlichkeit darin liegt, das Ansehen unserer alten Arme und damit das Ansehen Deutschlands im Ausland dadurch herabzusetzen.

Eine köstliche Antwort auf eine Beleidigungsklage.

Dem Hg. M. d. R. Dr. Löpeltmann ging folgendes Schreiben zu:

**„Der Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht II**

Berlin NW. 40, 3. März 1931.
Zuruf. 91.

Gesch. Nr. II P. 3. 209. 31.

Der Polizeipräsident von Berlin Dr. Weiß hat am 11. November 1930 gegen Sie Strafantrag gestellt, weil Sie nach Zeugenbefragungen in einer nationalsozialistischen Versammlung, die am 31. Oktober 1930 in der „Neuen Welt“ stattfand, als Versammlungsredner den Antragsteller „Idor Weiß mit der langen Nase“ genannt haben sollen. Ich stelle Ihnen anheim, sich zu der Beschuldigung binnen einer Frist von einer Woche zu äußern. Andernfalls werde ich, da der Reichstag in der Sitzung vom 9. Februar 1931 die Genehmigung zu Ihrer Strafverfolgung wegen Beleidigung erteilt hat, nach Lage der Akten entscheiden.

Im Auftrage
gez. Unterschrift.
Erster Staatsanwalt.“

Reichstag
Abgeordneter.

Berlin NW. 7, den 8. März 1931.
Dem Herrn Oberstaatsanwalt
beim Landgericht II

Berlin NW. 40.

Betrifft: II P. 3. 209. 31.

Zu der gegen mich erhobenen Beschuldigung habe ich folgendes zu bemerken:

Soweit ich mich heute noch des Inhalts der Rede entsinnen kann, die ich am 31. Oktober 1930 in der „Neuen Welt“ gehalten habe, befand sich die intimierte Stelle in Ausdrücken, in denen ich mich mit dem Problem der Einwanderungen der Ostjuden beschäftigte. Ich habe darauf hingewiesen, daß seitens der preußischen Regierung diese Einwanderung vom

Osten zum Schaden des deutschen Volkes allzu großzügig gefaßt und dann noch seitens des Berliner Polizeipräsidenten eine bedauerliche und höchst verdächtige Eilfertigkeit an den Tag gelegt werde, den Einwanderungsversuchen der Galizier stattzugeben. Dabei schilderte ich wohl auch in volkstümlicher Redeweise die überlieferten, häßlichen, unfuturierten und sittlich minderwertigen Gestalten, wie sie an unserer Gegend bewillkommen werden. Als das die Empörung der Zuhörer wachrief, dürfte ich dann wahrscheinlich zur Beruhigung etwa gesagt haben: „Ja, so ist ein Jidder weiß mit der langen Nase aber etwas anzufangen. Er braucht nur hinter ihr als Begleiter herzugehen... bis zum Berliner Polizeipräsidenten...“ oder so ähnlich. Jedenfalls habe ich, wenn ich mich recht entsinne, und ich kann mich da kaum täuschen, den Namen Idor als Namen generale für den Juden gebraucht, wie das in der Berliner Mundart ja häufig getan wird. Ich bin aber gebürtiger Berliner und pflege mich mit Berlinern gern in der heimischen Mundart zu unterhalten. Ich täte als Volksredner auch unredlich, wenn ich auf diese Suggestivmittel in Versammlungen verzichten wollte. Ich habe aber keineswegs beabsichtigt, den Polizeipräsidenten Weiß, der ja doch auch Bernhard mit Vornamen heißt, persönlich anzugreifen oder gar lächerlich zu machen. Ich weise ausdrücklich darauf hin, daß in dem oben referierten Satz das Wort „weiß“ von dem Verbium „wissen“ abzuleiten ist, was mit dem Familiennamen „Weiß“ nicht das geringste zu tun hat. Hier lag also offenbar eine unglückliche und mißverständliche Vertauschung von Wörtern und Begriffen vor, die in den Ohren der Herren Zeugen eine falsche Ideoassoziation erzeugten.

Ich bin gern bereit, diese obige Ehrenerklärung durch den Nationalsozialistischen Parlamentsdienst veröffentlicht zu lassen.

gez. Dr. Löpeltmann, M. d. R.“

Der Herr Grünfeld vom Einzelhandel beim Reichskanzler (oder der Wolf im Schafpelz). Mittelständler aufgepaßt!

Mittelständler aufgepaßt!

Der Herr Grünfeld ist 1. Vorsitzender der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels. Zu gleicher Zeit gehört dieser Herr Grünfeld dem Verband Deutscher Waren- und Kaufhäuser an. Er befindet sich also in zwei Lagern. Das „Berliner Tagblatt“ sagt selbst, er befände sich im Einzelhandel, um den Kampf seiner Gegner dortselbst abzuwehren zu können. Dieser Herr Grünfeld geht zum Herrn Reichskanzler. Was will er dort? Er will über die Notlage des Einzelhandels reden und über den Preisabbau sprechen. In großer Aufmachung bringt die Pressefeste der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, beider des Grünfeld-Handels diese Nachricht. Grünfeld beim Reichskanzler für den Einzelhandel.

Der Mittelständler frohlockt:

Zünftiger Kerk, unser Herr Grünfeld!

Mein lieber Mittelständler, es ist bloß schade, daß Du nicht die Warenhauszeitung liest. Dort steht nämlich auch, daß der Herr Grünfeld und zwar in seiner Eigenschaft als Angehöriger des Verbandes Deutscher Warenhäuser beim Herrn Reichskanzler war. Also in der Warenhauszeitung wird der Grünfeld auch gelobt. Ja, wofür denn, wirst Du fragen? Er feste sich beim Herrn Reichskanzler dafür ein, daß die steuerlichen Sonderbelastungen der Warenhäuser gemindert werden.

Der Warenhausjude frohlockt:

Zünftiger Kerk, unser Herr Grünfeld!

Dieser sonderbare, auf zwei Achseln tragende Herr Warenhaus-Einzelhandel-Grünfeld hat also wieder einmal beim Herrn Reichskanzler mit zwei Händen geredet.

Zum Anlaß seines Besuchs machte er die Not des

Einzelhandels und als Zweck seines Besuchs, ja man kann sagen als Hauptzweck seines Besuchs, betrachtete er die Beilegung der Warenhaussteuer.

Armer Mittelständler, hast Du den Braten immer noch nicht gerochen? Spürst Du nicht, wie Du veratet und veratet wirst?

So sieht Deine vielgerühmte, Dich schützende, in Wirklichkeit mordende, größte Organisation aus. Mit dem Maul schön redend, in Wirklichkeit die Raubritterburgen bauend, die Warenhäuser und Konsumvereine, die den deutschen Mittelstand morden. Wir Nationalsozialisten sagen: **Der deutsche Mittelstand, der einen Warenhausjuden sich zum Führer erwählt, hat sich damit**

seinen Henker selbst ausgesucht.

Drum wach auf, deutscher Mittelständler, ehe es zu spät ist!

Ein alter Kämpfer

Einer der letzten Doppelschärmer und Teufelnehmer an den Kriegen 1864, 1866 und 1870/71, der Kaffellahn I. R. Carl Prillwitz ist dieser Tage nach kurzer, schwerer Krankheit verschieden. Im vorigen Jahre feierte der Betreuer noch in voller Mächtigkeit seinen neunzigsten Geburtstag.

Der alte Kämpfer war bis zuletzt ein eifriger Anhänger unserer Bewegung. Trotz seines hohen Alters war er tatlos für die Idee Adolf Hitlers. Niemals werden die Parteigenossen, die ihn kannten, diesen „90-jährigen Jüngling“ vergessen. Immer wird er den Jungen und Jünglingen ein leuchtendes Vorbild der Pflichterfüllung und glühender Vaterlandsliebe sein.

H.A. (Hitler-Jugend).

Geschäftsstelle: Simonstraße 25 II.
Sprechst. des D.G.F. Sonnabend nachm. 17—19 Uhr.

N.S.E. (Nationalsozialistischer Schülerbund).

Geschäftsstelle: Pelzerstraße 12/13.
Sprechstunden: Gauleiter Mittwochs ab 19 1/2 Uhr, Gauhaushälter: Mittwochs ab 18 Uhr, Gaupropagandaleiter: Mittwochs ab 18 Uhr, Gaupresswart: Sonnabends ab 17 Uhr.

N.A.Z. (Bremer Nationalsozialistische Zeitung).

Geschäftsstelle: Bahnhofstraße 26 II.
Fernsprecher: Domsheide 25 878.
Geschäftszeit: 8.30—13 und 15.30—20 Uhr.
Postfachkonto: Hamburg 74738.
Bankkonto: Sparkasse in Bremen.
Deutsche Antioquia-Bank Bremen.

Versammlungen.

Am 25. März: Hg. Hauptmann Göring, Berlin, im Casino, 20.30 Uhr.
Am 31. März: Hg. Jettow, Berlin, im Odeum, Volkshaus, 20.30 Uhr.
Am 10. April: Hg. Jörner, Braunschweig, in Sieler's Festjalen, 20.30 Uhr.

Kulturstube.

Am Freitag, den 27. März 1931, hält Hg. Dr. v. Hoff einen Lichtbildervortrag über „Volk und Rasse“ im kleinen Casinoaal, abends 8.30 Uhr.
Am 21., 22., 23. und 24. Ostermond (April) 1931: Abends 20.30 Uhr Schulungsfürs über die Lehre des Marxismus im kleinen Casino-Saal. Eintritt gegen Sonderausweis, der von dem Organisationsleiter ausgestellt wird.

Nachmittags „Freidenker“; abends „Zentrum“

Als unser Reichstagsabgeordneter Schömm vor wenigen Tagen im Sauerland in Schwelm sprach, fand mehrere Tage vorher in der benachbarten Stadt Wuppertal (Eberfeld-Barmen) nachmittags eine marxistische Freidenkerpropaganda statt. Uniformierte Reichsbannerleute trugen von Haus zu Haus Flugzettel, in welchen

**zum Austritt aus der Kirche,
und zum Beitritt zur Freidenkerorganisation
aufgefordert wurde.**

Darüber wundern wir uns nicht, ist doch der Marxismus ausgesprochen antireligiös. Weiß doch jeder Mensch die Todfeindschaft der Sozialdemokratie dem Begriff Religion gegenüber.

Das Charakterlose an dem ganzen Vorfall ist aber, daß dieselben Reichsbannerleute am Abend desselben Tages in einer Zentrumsversammlung

den Saal für übernahmen.
So hat also diese merkwürdige Schutztruppe zwei Tendenzen vertreten: Am Tage Verteilung von Flugzetteln gegen das Christentum und am Abend Versammlungsführer in der Zentrumsversammlung. Höher gehts nimmer.

**Charakterlose
politische Gefinnungslumperei**
nennt man ein derartiges Verhalten — Treulosigkeit gegen die eigene politische Weltanschauung, Treulosigkeit und Verrat anderen politischen Parteien gegenüber und eine Bundesgenossenschaft mit jenen widerlich-niedrigem Inhalt, daß jeder anständige Mensch sich mit **Es** davon abwenden muß. Jeder auch nur halbwegs anständig denkende Reichsbannermann kann sich nimmer ein Urteil bilden über die **Charakterlosigkeit seiner Partei.**

Und das Zentrum nicht minder.

Brüning beruft sich auf Bismarck

und müßte „abtreten“.

In Jena zitierte Herr Brüning eine Rede Bismarcks, die dieser am 30. Juli 1892 in Jena gehalten hat:

„Es ist ein gefährliches Experiment, wenn man heutzutage im Zentrum Europas absolutistischen Ideen zutreibt.“

Den Nachsatz: „Gleichviel ob sie von Priestern unterstützt werden oder nicht“ läßt Brüning aber wohlweislich weg. Er weiß dann auch darauf hin, daß schon Bismarck die Notwendigkeit einer festen Mehrheit im Reichstag nachgewiesen habe. Er läßt aber weiterhin weg die folgenden schwerwiegenden Sätze aus Bismarcks Rede:

„Wir können nicht regiert werden unter dem Einfluß und unter der Leitung einer einzelnen der bestehenden Fraktionen, am allerwenigsten unter dem Einfluß des Zentrums. Ich glaube sogar behaupten zu können, daß selbst unsere katholischen Landesleute in der Mehrheit das Bedürfnis haben, unabhängig von der Zentrumsleitung in in Berlin regiert zu werden. Ich halte das Zentrum für gefährlich, nicht nur in konfessionellen, sondern auch in nationalen Fragen. Die leitende Tendenz des Zentrums ist eine solche, daß ich es für ein Unglück und eine Gefahr für das Reich halte, wenn die Regierung über leitenden Ratgeber der Zentrumsrichtung entnimmt.“

Am Schluß sagte Herr Brüning in seiner Jenaer Rede, die von Bismarck vor 40 Jahren ausgesprochenen Worte seien auch heute zutreffend. Damit haben sie vollkommen recht, Herr Brüning!

Folgen Sie dem Räte Bismarcks und „Treten Sie ab!“ Bismarck, auf den Sie sich beziehen, will es.

Kriegsbeschädigte.

Der Obmann für Kriegsbeschädigtenfragen ist jeden Donnerstag in der Zeit zwischen 7 und 8 Uhr abends auf der Geschäftsstelle zu sprechen.

Achtung! Flugblätter!

Wir bitten die Hg. von sämtlichen Flugblättern, die sie von anderen Parteien erhalten, je ein Exemplar auf der Geschäftsstelle abzugeben.

Voranzeige! Am 11. und 12. April findet in Weimar die 1. große Reichstagsung des Nationalsozialistischen Lehrerbundes statt. Programm wird in den nächsten Tagen bekannt gegeben. — Die Reichsleitung des Nationalsozial. Lehrerbundes ersucht heute schon alle nationalsozialistischen Lehrer Deutschlands sich für diese beiden Tage, die noch in die Osterferien fallen, freizumachen. gez. H. Schömm MdR.

Aufruf!

Alle nationalsozialistischen Pastoren der Evangelischen Kirchen Niedersachsens, die Interesse haben an einem Zusammenfluß zwecks gemeinsamer Arbeit, Aussprache, Austausch von Anregungen über die Forderungen dieser Notzeit, werden gebeten, ihre Anschrift einzufenden an

**Pastor Gerhard Sahn,
Elmlohe (Kreis Lelhe - Unterweser.)**

Für den Inhalt verantwortlich: Johannes Claus, Bremen. Druck und Verlag: W. Jensen, Oldenburg. Fernsprecher 4134.

NSDAP Bremen.

Geschäftsstelle: Pelzerstraße 12/13.
Fernsprecher: Domsheide 20 012.
Geschäftszeit: 8.30 bis 20 Uhr durchgehend.
Postfachkonto: Hamburg 79 121 Wils. Moßmann.
Ortsgruppenleiter: Hg. Kurt Thiele, M. d. R. (ist nur nach vorheriger Anmeldung nachmittags von 16.30 bis 18.30 Uhr zu sprechen.)

Sektions-Sprechstunden.

Sektion Weiden.

Der Sektions-Führer Weiß ist jeden 1. und 3. Dienstag eines Monats auf der Geschäftsstelle, Pelzerstraße 12/13, zwischen 7 1/2 und 8 1/2 Uhr abends zu sprechen.

Sektion Habenhausen.

Der Sektions-Führer Habenhausen ist jeden 1. und 4. Dienstag in seiner Wohnung zu sprechen.

Sektion Neustadt.

Der Sektions-Führer Neustadt ist jeden Montag und Dienstag abends von 8—10 Uhr in seiner Wohnung zu sprechen.

S.M. (Sturmabteilung).

Geschäftsstelle: Pelzerstraße 12/13.
Fernsprecher: Domsheide 20 012.
Geschäftszeit: 10 bis 14 und 16 bis 20 Uhr.
Sonnabends von 10 bis 14 Uhr.

N.S.D. Kriegerbund.

Geschäftsstelle: Pelzerstraße 12/13.

Von Dr. H.

Die Deutschen, deren Charakterveranlagung leider für alles Ausländische besonders empfänglich ist, müßten ganz besonders danach streben, den Auslandsmarkt mit heimischen Waren zu befriedigen, und während andere Staaten gegen uns rücksichtslos im Wirtschafts-Imperialismus treiben, sollten wir uns in unserem Völkereigenthum der nationalökonomisch hochgedienten, der die heimische Arbeit nützt, werden auch die Ausfuhrmöglichkeiten der deutschen Industrie immer eine gewisse Gegenseitigkeit bedingen, so darf doch mindestens das erträgliche Maß nicht überschritten und zu Gunsten des Exports in einem Handelszweige eine Politik der Zugeständnisse getrieben werden, die auf der anderen Seite für die deutsche Wirtschaft verderblich ist. Zielbewußte Handelspolitik des Reiches ist zur Pflege der nationalen Wirtschaft ebenso nötig wie bewußte Erziehung des deutschen Volkes, daß es auch wirtschaftlich nach Zielen strebt, die seine Unabgängigkeit und seinen Wiederaufstieg mit sich bringen. Auch die politische Stellung des Ergeuerlandes Deutschland gegenüber muß in Rücksicht gezogen werden, wenn man über die Einfuhr urtheilt, zumal die wirtschaftliche Gegenseitigkeit des Warenverkehrs sich doch in den politischen Beziehungen widerspiegelt. Es ist z. B. durch nichts zu rechtfertigen, daß Deutschland in kosmetischen Artikeln, für die es selbst eine bedeutende Industrie hat, seinen Hauptbedarf in Frankreich deckt, das als Kunde uns gegenüber eine geringe Rolle spielt, wäh-

Die Weizsäcker haben bewiesen, wie sehr es in der Beziehung dem Deutschen an Abstützung vor deutschem Vaterland fehlt. Ganz abgesehen, daß unser verarmtes Vaterland sich unnützen Geldexport, der durch Bevorzugung fremder Waren eintreten muß, nicht gestatten kann, trägt die Zahl von etwa 5 Millionen Arbeitlosen, die dem Vaterlande keine Erzeugnisse abgeben, sondern, soweit es möglich ist, schädliche Einfuhr zu befrachten, ist nicht nur eine Angelegenheit der Regierung, sondern auch eine Aufgabe des nationalen Faktorsells eines jeden deutschen Käufers.

Delzerstrasse 12-13

Deutsche Volksgenossen!

Reichs-Betriebszellen-Abt. der Reichsleitung der
NSDAP.

ZENTRALVERLAG DER N.S.D.A.P.
Frz. Eher Nachf. GmbH., München 2 NO
Thierschstraße 11

25. März 1931

Hus Bremen Stadt und Staat.

Warenhaus und „Bremer Anzeiger“

In einem hiesigen großen Warenhaus wurde nachstehend wiedergegebener Fragebogen an sämtliche Angestellte verteilt, mit der strikten Anweisung, denselben bis zum vergangenen Donnerstag mittags 12 Uhr ausgefüllt zurückzugeben.

Betrifft: „Bremer Anzeiger“ (neueste Zeitung):

Wohnen Sie im eigenen Haushalt oder bei den Eltern? Wenn nicht, dann sind die Fragen 1 bis 4 nicht zu beantworten.

1. Haben Sie den „Bremer Anzeiger“ erhalten? ja-nein.

2. Wann ist derselbe zugestellt?

mit der 1. Post ca. 8.30 Uhr morgens,

mit der 2. Post ca. 11 Uhr 15 Uhr morgens,

mit der 3. Post ca. 4 Uhr nachmittags?

3. Wo ist derselbe abgegeben worden?

a) im Briefkasten?

b) im Hausflur?

4. Wurde nach Ihrer Ansicht bei der Zustellung der Zeitung die gleiche Sorgfalt wie bei der Briefpost angewandt?

5. Wenn nicht, wissen Sie warum nicht?

6. Sind Ihnen Fälle bekannt, wo der „Bremer Anzeiger“ nicht zugestellt wurde?

namentliche Angabe der Adresse:

7. Wohnen Sie möbliert, hat dann der Hauswirt den „Bremer Anzeiger“ erhalten?

Unterschrift und Wohnung:

Dieser Fragebogen ist bis Donnerstag mittags 12 Uhr abzugeben.

Damit ist hoffentlich der Bremer Bevölkerung ein neues und augenfälliges Beweisstück dafür geliefert, daß, wie von uns schon behauptet, die Warenhäuser die eigentliche Triebfeder für dieses Unternehmen sind. Wenn vorstehende Behauptung nicht zutrifft, ist es nämlich unverständlich, warum ausgerechnet das große Warenhaus ein Interesse daran hat, feilzusteilen, in welcher Form die Reichspost in Bremen ihre Pflicht tut. An sich muß man es nämlich als ungebührlich betrachten, daß die Angestellten dieses Kaufhauses verpflichtet sein sollen, über Vorkommnisse in ihrem Privatleben ihrem Arbeitgeber gegenüber Rechenschaft zu geben. Wenn allerdings die Firma Hauptbeteiligter an diesem neuen Unternehmen ist, jedoch die feige Geschäftlichkeit anwendet, ihren Namen nicht öffentlich herauszustellen, dann allerdings können sie ihren Angestellten wohl die Verpflichtung auferlegen, hierüber zu berichten, weil es sich da um einen Teil des eigenen Geschäftsbetriebs handeln würde. Wo nun aber das Warenhaus einmal seine Angestellten zur Abgabe vorliegender Erklärung veranlaßt hat, dürfte damit zur Genüge der von uns vermutete und dann behauptete Sachbestand erwiesen sein, daß die Warenhäuser in Wirklichkeit die wesentlichsten Interessierten Angestellter und Dratzgeber dieser bislang ja noch unpolitischen Interzessionsplantage sind. Wir werfen nur

noch einmal die Frage auf, für wie dumm muß man die Bremer Bevölkerung halten, wenn man glaubt, daß sie ein Interesse daran hat, Anzeigen zu studieren?!

Das Kammermusik-Konzert in der oberen Rathausgalerie, Sonnabend, 28. März, 19.30 Uhr, begegnet in weiten Kreisen größtem Interesse. Da es mit dem guten Zweck einen hohen künstlerischen Genuß verbindet, so wird es die Krönung der Sammlungen dieses Winters für die Bremer Winterhilfe bilden, zumal man sich keinen würdigeren Rahmen für die Veranstaltung denken kann. Man versee sich umgehend bei Praeger und Meier mit Karten.

Geheiltere Tarifverhandlungen in der Hochseefischerei. Die zwischen den Vertretern der zuständigen Seeländerverbände und den Vertretern des Verbandes Deutscher Hochseefischer stattgefundenen Verhandlungen zur Neuverteilung des Lohns sind geendet. Von Arbeitgeberseite wird eine Kürzung der bestehenden Steuern um 9 Prozent verlangt, außerdem Ermäßigung der Effektenversicherungsumme um 150 M., sowie Ermäßigung des Koffelgeldes von 3 auf 2,50 Mark. Von den Vertretern der Seeländerverbände wurde dieser Antrag abgelehnt.

Um den Wanderpreis des Norddeutschen Lloyd. „Bremen“ Mannschaft „Europa“ Mannschaft 6:0. Die äußerst seltene gleichzeitige Anwesenheit der beiden Schnelldampfer „Bremen“ und „Europa“ des Norddeutschen Lloyd in Bremerhaven, bot die Gelegenheit zu einem Wettspiel der ersten Fußballmannschaften beider Dampfer, die ihr hohes sportliches Können durch viele Kämpfe im In- und Auslande erfolgreich unter Beweis gestellt haben. Am Sonntag vormittag fanden sich auf dem alten Giezlerplatz in Lehe nun die beiden Dampfermannschaften gegenüber. Das Ergebnis des Spiels war ein entscheidender 6:0-Sieg der „Bremen“-Mannschaft. Das Spiel, das die vorzügliche Form beider Gegenseiten zeigte, erhielt dadurch eine besondere Bedeutung, daß zum ersten Mal um einen vom Norddeutschen Lloyd gestifteten Wanderpreis gekämpft wurde, für den alle Land- und Seebetriebe der Reederei zugelassen sind. Unter der zahlreichen Zuschauermenge bemerkte man u. a. Kommodore Johnsen, die Kapitäne Müller und Pils. In einer Ansprache dankte Direktor Stadländer den Mannschaften für den gebotenen interessanten Kampf und wies dabei auf den außerordentlichen Wert sportlicher Betätigung gerade auch für Schiffsbesatzungen hin. Nach einem dreifachen Hoch auf die Siegermannschaft überreichte Direktor Stadländer dann deren Spielführer den Silberpokal. Ein allseitig begeistert aufgenommenes Hoch Theles, Vorsitzender des Sportklubs des Schnelldampfers „Bremen“ auf den Norddeutschen Lloyd beendete den eindrucksvollen Akt der Uebergabe des Lohndampfers.

Hauptversammlung des Landesverbandes Bremen der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft. Der Landesverband tagte erstmals in den Unterwerferstädten. Landesverbandsvorsitzender Thiel, Bremen erstattete den Jahresbericht. Aus ihm ist zu erwähnen, daß eine stetige Fortentwicklung und Verbreitung des Lebensrettungsgebanten im Verlande zu verzeichnen

war. Von den in Bremen eingerichteten Rettungswachen wurden im letzten Jahre sieben Personen vom Tode des Ertrinkens gerettet. Nach den einmütig erfolgten Vorstandswahlen wurden folgende Anträge zu den Prüfungsbestimmungen beraten: Es wird gefordert: im Dauerschwimmen über eine halbe Stunde die ersten hundert Meter in zwei Minuten als Schnellschwimmen zurückzulegen und das Kleiderschwimmen von 300 auf 400 Meter auszubehnen. In der Hauptversammlung waren die Behörden zahlreich vertreten. Der Landesverbandsvorsitzende hob hervor: Es ertrinken jährlich 6000 Personen. Der Schwimmer sei noch lange kein Meister. Die Forderung laute daher: „Jeder Deutsche ein Schwimmer, jeder Schwimmer ein Retter!“ Bürgermeister Dr. Koder übermittelte die Grüße der Magistrate Bremerhavens und Wesermündes. Dr. med. Brudmeyer, Bremen, hielt zum Schluß einen sehr interessanten und lehrreichen Vortrag über die Gefahren des Ertrinkens. Mit der Tagung war eine Ausstellung verbunden, die die unterrichtswerte Tätigkeit der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft veranschaulichte.

Lehrlingsarbeiten-Ausstellung der Gewerbetammer. Die Gewerbetammer veranstaltet in diesem Jahre von Sonntag, 29. 3. bis einschl. Sonnabend, 4. April, in den Räumen der Gewerblichen Schulen an der Weserbahn 4, eine Lehrlingsarbeiten-Ausstellung. Die Ausstellungsgesamtheit sind bis Freitag, 27. 3., von 9 bis 18 Uhr zur Einlieferung zu bringen. Die Eröffnungsfeier findet am Sonntag, 29. März, 11 Uhr, statt. Die Ausstellung ist am Sonntag, 29. März von 11 bis 18 Uhr, am Karfreitag von 10 bis 18 Uhr, an den übrigen Werktagen von 15 bis 18 Uhr zu besichtigen.

Heute

20.30 Uhr Casino

Massenversammlung

Redner:

Hauptmann Göhring

Berlin

Stadttheater.

Jedermann.

Das Wort Schillers von dem Theater als moralischer Erziehungsmittel hat noch immer seine Geltung und ist gerade für unsere Zeit zu einer bitter nötigen Forderung geworden. Die Theater in Deutschland (sofern sie noch deutsch sind) haben vergessen, daß auch sie es sind, die den deutschen Menschen durch die Darbietung würdiger Stücke zu einer neuen Sammlung seines zerfallenen Beweins bringen können, statt ihn durch die dramatischen Produkte einer leichtfertigen und torquierten Lebensbetrachtung zu veroberflächlichen und selbst zu entleeren.

Wie das Theater in dieser Hinsicht zu wirken vermag, zeigte die Aufführung des aus dem Mittelalter stammenden, von Hugo v. Hofmannsthal nachgedichteten Mythenstücks „Jedermann“. Wie eine großartige Mahnung dringt dieses einfach-gehaltvolle Spiel in unsere einen kalten Materialismus verfallene Welt, die für ewige Dinge keine Zeit hat. Das Stück wird für uns zu einem erhabenen Symbol der vergänglichen Bedeutung unseres menschlichen Daseins gegenüber einer ewigen Welt, vor der alle „Herlichkeit“ des Menschen zusammensinkt und zu einem Nichts wird. Nicht ohne aufs tiefste gepakt zu werden, sieht man die Szene, in der plötzlich aus dem dunklen Hintergrunde der Tod in den Kreis der praesentierenden und schmerzenden Gäste des reichen Jedermann tritt und diesen mit seiner kalten Hand berührt, um ihn kurzerhand von seinen Freunden, seiner Sublerin, seinem Hausgenosse und seinem Geld für immer zu trennen.

Die Aufführung war in jeder Hinsicht ein Erlebnis! Die Bühnenbilder Theodor Schlögl's gaben dem tiefen Spiel einen ernsten Rahmen. Hans-Joachim Witten spielte den kaltherzigen, reichen Jedermann, der vor der Innerlichkeit des Todes in seinem irdischen Selbstgefühl zusammenbricht und sich schließlich geläutert zu einem dem Tod überwindenden Glauben an Gott durchdringt, mit allen Nuancen menschlicher Empfindung. Josepha Flora zeigte ihr hohes schauspielerisches Können in der Rolle der gütigen, um ihren gottvergeßenen Sohn besorgten, alten Mutter. Daneben trugen mit ihren Leistungen besonders heraus: Carl Meinderschuldner, Philipp Demmings, armer Nachbar, Willi Sankes, „Bater Geisel“, Ferdinand Ahnelt, „Dicker Vetter“, vor allem auch Maria

Milz' Glaube. Die „Stimme des Herrn“ fand in Hans Gerlach einen eindrucksvollen Sprecher. Majestätisch in Geste und Sprache war Otto Wertes Tod, während Hans Barges Teufel sich bei im übrigen charakteristischen Spiel vielleicht etwas zu burlesk gab. Alle übrigen Rollen fügten sich dem Ganzen wirkungsvoll ein. Man möchte am Schluß nur noch dem Münchischen Ausdrucks geben, es bei den letzten beiden Aufführungen dieses einzigartigen Spieles nicht bewenden zu lassen.

Jad Hulton.

Es gehört schon eine gute Menge Anspruchsgestalt dazu, wenn Jad Hulton seine Veranstaltung als „Konzert“ bezeichnet, aber leider auch ebenso viel Unkenntnis und Geschmacklosigkeit des Publikums, so etwas nicht nur gelassen, sondern sogar mit Beifallsstürmen hinzunehmen.

Als man am letzten Samstagabend in die Nähe der Münchner Tonhalle kam, flaute sich bereits draußen die Menge und der Wagenpark versperrte sämtliche Zufahrtstraßen. Was hineinrückte, war kein erfreulicher Anblick: blaße, defektierte junge Männer und desto farbenfrohere, bemalte Frauen. Stimmengewirr aus allen Ländern im Saal, überwiegend englisch natürlich (wenn auch teilweise mit hart bayerischem Akzent). Der erste Beifallsorkan brach los, als Jad mit seinen „Boys“ auf der Bühne erschienen. Den überlegen lächelnden Gesichtern dieser Künstler und der Anzahl ihrer Instrumente nach, mußte man allerdings etwas Zweifelhaftes geboten werden. Was aber zu hören — und vor allem zu sehen — war, gehört mehr auf ein Varietésprogramm: einiges ist sogar zirkushaft. Oder hat sich der Begriff „Konzert“ inzwischen so abgemindert, daß man Musikanten eines Herrn im Smoking darunter versteht? Ebenso habe ich an solcher Stelle noch nie das Jonglieren mit Äpfeln und Zylinderhohlgläsern beobachtet können. Eine kleine Auseinandersetzung zwischen zwei Musikern, während der Darbietung, die mit dem Schuß aus einer Analfistole endete, sei nicht weiter beanstandet: ähnliche Szenen kommen in der Reichshauptstadt in noch größeren (wenn auch nicht konzert-) Sälen vor.

Ueber die Musik selbst läßt sich gar nichts sagen. Wenn man zwei Stunden lang nur Rhythmus und keine Melodie über seine Ohren hat ergehen lassen, ist man wirklich unfähig, einzelne Darbietungen zu beur-

teilen. Die Grenze zwischen Ernst und Scherz ist außerdem schwer zu ziehen: sie erinnert überhaupt an unsere Reichsgrenze, hinter der auch „geschlossenes Gebiet“ liegt. Man kann unmöglich von „musikalischen Darbietungen“ sprechen, wenn z. B. ein ganzes Orchester das Zischen und Stampfen einer Lokomotive nachahmt, die Künstler mit ihren Taschentüchern winke-winke machen und das Ganze „Choo-Choo“ nennen.

Solange natürlich noch ein dankbares Publikum diesem Firtelanz Beifall flätscht, werden die kunstliebenden Agenturen es sich nicht nehmen lassen, derartige zu bieten. Das „Geschäft“ ist ihnen die Hauptsache. Darum sollten die, aus deren Tasche letzten Endes solche Sachen finanziert werden, einmal aufdrücken mit dem Niveau heftiger Darbietungen an deutsche Kulturstätten.

Kirchenkonzert.

In der neuen Kirche zu Bremen-Oslebshausen fand am 18. März ein Abendkonzert statt. Der Hauptteil des aus Stücken älterer Meister bestehenden Programms besaß das Solokarntett des Bremer Domchors (Käte Gronau, 1. Sopran, Mini Kitzner, 2. Sopran, Anna Bahle, 1. Alt, Friedel Huhn, 11. Alt). Die 4 Damen verfügen über ein wunderbares Stimmensemble, die Niedergabe von Vittorias Motette „O Regem coeli“ sowie J. S. Bachs „Gib dich zufrieden“ ließ reife künstlerische Leistungen erkennen. Der Organist Herr B. Steinhoff bewies sich als ein Meister seines Instrumentes, der Vortrag des Werkes „Prälium, Fuge u. Giacomini“ von Bachbel gab ihm reichlich Gelegenheit, seine Kunst in richtigem Maße zu zeigen. Ebenso brachte der Violinist Herr F. Bornemann Albinonis' Sonate in A-Dur, Mattheus' Air auf der G-Seite und Tartinis' Violino aus der 9. Sonate mit viel Gelingen zu Gehör. Die einzelnen erhabenen Darbietungen hinterließen bei den Zuhörern, die die Kirche bis auf den letzten Platz füllten, einen tiefen Eindruck.

Friedrich der Große und die Juden.

(Aus dem politischen Testament Friedrichs des Großen). ... Ferner muß der Herrscher ein Auge auf die Juden haben, ihre Einmischung in den Großhandel verhüten, das Wachstum ihrer Volksglieder verhindern und ihnen bei jeder Unehrlichkeit, die sie begehen, das Mißrecht nehmen. Denn nichts ist für den Handel der Kaufleute schädlicher, als der unerlaubte Profit, den die Juden machen. ...

„Der dreizehnte Apostel“. Ein Festspiel für die Karwoche. Am Sonntag, 29. März (Palmsonntag) geht im Bremer Schauspielhaus das historische Schauspiel „Der dreizehnte Apostel“ des Bremer Dompredigers D. Otto Harwich als Aufführung und Festvorstellung für die Karwoche in Szene. Zur Unterstützung der Veranstaltung hat sich ein Festspiel-Chor ausgedehntes Gebildet.

Weltreise „Columbus“. Der Schnelldampfer „Columbus“ des Norddeutschen Lloyd, der am 21. Januar New-York zu einer Reise um die Welt verließ, hat in diesen Tagen die erste Hälfte dieser Reise vollendet. Ausgedehnte Landausflüge führen die Teilnehmer der Weltreise tief in das Leben und den landschaftlichen Charakter der besuchten Länder. Noch steht der Besuch von Süd- und Nordchina, von Japan und den Karibischen Inseln bevor. Nach Rückkehr von Nordamerika wird Dampfer „Columbus“ in den regelmäßigen Schnellpostdienst zwischen Bremen und New-York eingereiht.

Zur Besichtigung der „Bremen“ Sonntag, 29. März, fahren mehrere Luxusautobusse von Wolters-Brinnum nach Bremerhaven. Abfahrt 9 Uhr ab Markt. (Siehe Anzeige.)

Gedenkstunde der bremischen Dichtervereine. Freudenstunde für Obersachsen. Im großen Börsensaal fand am Sonntagmorgen die Gedenkstunde für den verstorbenen Dichterverein. Die Teilnehmer der Gedenkstunde waren die Mitglieder der bremischen Dichtervereine, die sich zu der Gedenkstunde in Massen eingefunden hatten. Nach Musikvortrügen des Orchesters des Vereins ehm. Musikdirektor Germania sprach Herr Clemens Taesler-Frankfurt a. M., Kulturbesitzer des Reichsbundes der Schlesier, selbst ein Kind des Landes der „Kiefern und der Schote“, er zeichnete ein merkwürdiges Bild kulturellen, wirtschaftlichen und deutschen Geistes seiner oberdeutschen Heimat. Mit Stolz und zugleich mit Trauer gedenkte das deutsche Volk jenes Landes, das, leider im übrigen Deutschland noch zu wenig bekannt, in einer Zeit tiefer Ohnmacht Deutschlands, trotz schärfster Terrorpolitik polnischer Invasoren mit Treue und Tapferkeit das deutsche Volk gegen das Ausland verteidigt hat. Der Redner erinnerte an die Grenzziehung, durch die 30 v. Chr. das Gebiet verlorengegangen. Wenn selbst ausländische Staatsmänner diesen Verlust tadelten, wäre es verdammt Pflicht und Schuldigkeit jedes deutschen Menschen, in die Welt hinausrufen, Deutschland denkt nicht daran, auf den Teil, der ihm genommen wurde, zu verzichten. Nach einem kulturgeschichtlichen Rückblick schilderte Herr Taesler die großen Verluste an wirtschaftlichen und kulturellen Gütern in Obersachsen und ließ seine Worte ausklingen in dem begeistert aufgenommenen Ruf: Obersachsen war deutsch und muß wieder deutsch werden. — Glück auf! Ein besonders feierliches Gepräge erhielt die Feier durch das auf Anordnung der Evangelischen Kirchenbehörde veranstaltete Glockenläuten aus Anlaß des Gedenktages, sowie die Mitwirkung der Sängergilde von 1882 des Vereins Vorwärts. Das Abingen des Niederländischen Dankgebets beschloß die Versammlung.

Landchaft und Staatsgedanke.

„Blut und Boden bestimmen das Wesen und Geschick eines Staates.“

Der deutsche Mensch von heute ist — heimatlos geworden, dies ist die eigentliche Wurzel all seines Leides. Ihm innerlich fremde Gewalten haben sein Denken und Trachten mit Beschlagnahme belegt und lassen ihn nicht in sich kommen, lassen ihn nicht zum Bewußtsein der in ihm ruhenden aus dem Blute kommenden eigenen Kräfte des eigenwilligen Geistes gelangen. Die von gewisser Seite planmäßig geschürte „Verbildungsstufe“ der neuzeitlichen sogenannten Zivilisation zusammen mit der völligen Entseelung alles politischen und wirtschaftlichen Lebens durch jene Wissensthore, die eine falsche Menschenfreundlichkeit im Lande duldet, haben neben der äußeren eine bittere innere Not in unserem Volke erstehen lassen.

Nationalistischer, undeutscher Raubgeist, knechtischer Händlergeist ist es, der heute noch im Kurse steht. Es ist eine Blüthezeit der Schufte, der Hämflinge und Weidlinge, die die Vernunftlosigkeit des Knechtsdienstes für landfremde Gewalten zu einer Ehre umfälschen wollen. Der entwürdigte, der sich selbst unterworfen gewordene Mensch darf heute den Ton angeben. „Alle Ehre aber kommt“ noch immer, wie es schon im „Sachsen-Spiegel“ jenem trefflichen Rechtsbuch aus niedersächsischen Geistes, das im Widerstreit zu dem landfremden Römerrecht entstanden war, heißt, „aus der Treue“. Treue kommt von Vertrauen, Vertrauensinn und beruht auf Gegenseitigkeit.

Der germanische Mensch braucht die Verbundenheit mit dem Boden, wenn er gedeihen soll. Er hegt ihn und pflegt ihn und die Muttererde dankt es ihm mit tauendfacher Frucht. So gestaltet der Mensch die Landschaft und diese wiederum den Menschen. Je inniger die gegenwärtige Verbundenheit ist, um so besser für beide. Gute Heimat treue gibt unüberwindliche Kräfte, wie das einstige heldische Griechentum dies schon in der Sage vom Helden Antäos uns lehrt. Ja, es ist schon so, wie der wädrere Freiheitskämpfer Ernst Moritz Arndt, einstmals sagte, daß „Eigentümlichkeiten und Vertiklichkeiten die feste Wurzel der Freiheit sind“!

„Der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte.“ Das Erz der Berge diente dem heldischen Menschen seit grauer Vorzeit zur Vereitung von Wehr und Waffen. Mit Arbeit und Mühe wollen die Schätze der Erde gewonnen sein, dadurch aber gerade verwandelt der Mensch mit dem Lande. Für die Freiheit seiner

Warnung. Immer noch treiben Schwindler mit der Werbung für die deutschen Nachrichten Berlin und unsere Zeitung ihr Unwesen in der Stadt. Wir machen nachdrücklich darauf aufmerksam, daß alle von uns beauftragten mit einem ordnungsgemäßen Ausweis versehen sind. Wir bitten alle zweifelhaften Vorposten dieser Art sofort bei der Kriminalpolizei zu melden.

Die Hafenrundfahrten finden täglich um 10, 12, 14 und 16 Uhr ab Kaiserbrücke mit Dampfer „Frankfurt“ statt. Die Häfen bieten mit den zahlreichen Uferbedampfern des Norddeutschen Lloyd, der Hansa-Linie, der Westphal, der Unterweser-Reederei A.-G. sowie anderer deutscher und fremder Reedereien ein buntes Bild, so daß sich eine Besichtigung der Häfen lohnt.

Nochmals ergeht der Ruf an alle Freunde und Anhänger

Es gilt zu zeigen, daß jeder bereit ist, sein Möglichstes beizutragen zum Aufbau der Partei und seines Kampfbundes, der

Bremer Nationalsozialistischen Zeitung

Unser Streben geht dahin, die Zeitung möglichst weit auszubauen. Um das zu erreichen, müssen alle mitwirken bei der

Werbung neuer Leser, und jeder muß die Karole beherzigen beim Einkauf unserer Inserenten zu bevorzugen.

Arbeit, Arbeit und nochmals Arbeit bringt uns zum Erfolg. Mit Freude muß es jeden Nationalsozialisten erfüllen an dem Aufbau unserer Zeitung mitgearbeitet zu haben. Es ist nicht leicht, eine Broschüre zu schlagen in die vielen Vorurteile —

aber wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.

Benutzen Sie alle noch die letzten Tage dieses Monats zu eifriger Werbung. Wenn jeder auf seinem Platz mitwirkt und seine Kleinarbeit schenkt und sich überall mit ganzer Kraft einsetzt, werden wir unser Ziel schon erreichen.

Im April legen wir probeweise kostenfrei jede Woche einmal den „Illustrierten Beobachter“ bei.

Wenn das Abonnement bis zum 30. März auf unserer Geschäftsstelle bezahlt wird, erfolgt Lieferung für April ohne Nachgebühr. Ab 1. Mai erhöht sich der Bezugspreis einm. wöchentliches Beilage des „Illustrierten Beobachters“ auf 1.— RM. zuzüglich 12 Pfennig Bestellgeld.

Reichsbanner-Propaganda. Am Donnerstag wurden 6 Nationalsozialisten an der Verdenerstr. von einer Horde Reichsbannerleute provoziert, bis es zu einer Prügelei kam. Das Reichsbanner erhielt aus einem in der Nähe befindlichen Lokal Verstärkung

Heimaterde opfert er wieder und wieder sein Leben. Und Blut wuchs mit Boden zusammen zu jener untrennbaren Einheit, aus der alles wahrhaft Große auf Erden entstanden ist. In der Markgenossenschaft, der Vereinigung freier Gleichgearteter auf freiem Boden, entstand die erste Gemeinschaft germanisch-staatlichen Charakters. Der Boden, der alle ernähren mußte, wurde als Gotteslehen betrachtet, er war kein Gegenstand des Schacherns und Wucherns wie heute. Nicht neidete einer dem andern das Sein, sondern echter Gemeininn umschloß alle zu edelm Muten und Taten.

Ueber der Dorfmarkgenossenschaft stand dann der Gau, der wiederum eine Landchaftsgruppe des Stammes darstellte. Der germanische Staat wuchs von unten herauf in Einordnung mit den natürlichen Grenzen, die Wald, Wasser und unzugängliche Höhen zogen. Niemand gehörte einst der Staatsgenossenschaft an, der nicht Blutgenosse war. Die Geblüthen hatten nicht mehr Rechte, wohl aber mehr Pflichten. Weil sie diese aber übernahmen, darum liebte sie das übrige Volk und war stolz auf sie.

In dieses wundervolle Zusammenspiel von Blutsverbundenheit und Bodentreue, das wir besonders bei dem Stamme der Sachsen zwischen dem Niederhain und dem Elbraum feststellen können, brach nun der durch römische Einflüsse verätschte fränkische Machtgedanke ein.

Dreißig furchtbare Jahre lang wehrte sich das niedersächsische Volk und Land gegen die Anverleumdung und „rechtlöse“ Verankerung jenes Raubgeistes der verweltlichten Franken, der den Menschen zum Knecht der Lanten des Herrschers und die heilige Muttererde zum Gegenstand des Schacherns und der Ausbeutung herabwürdigte. „Herrn Karolus leiden Degen sind die edlen Sachsen unterlegen“, so klagt ein Goethe, einer der großen Seher unseres Volkes, die immer wieder aus aller äußerster Trübsal heraus den Verzweifelten den Weg zum Licht gezeigt haben.

Bis in die Grundfesten wurde die ortechte germanische Staatsauffassung durch die Ueberlagerung römischer Denksens erschüttert. Ein Chaos war die Folge, das erst durch König Heinrich aus dem sächsischen Hause der Ludolfinger ein Ende fand. Erst als der sittlich überlegene Teil der deutschen Bevölkerung auch die politische Macht in die Hand bekam, konnte sich das deutsche Leben wieder artigen gestalten und weiterentwickeln.

Die Not der deutschen Landchaft aber war nun vorübergehend gebannt. Seit der Vernichtung der alten

und schlug in größerer Ueberzahl auf unsere Leute ein. Als die Polizei herannahte, zogen sie es vor, sich durch die Flucht in Sicherheit zu bringen. In der Oberstraße verjagten am gleichen Tage Kommunisten und Reichsbannerleute unsere Zeitungsverkäufer zu überfallen. Als geistige Waffen hatten sie sich mit Hämmern und Messern und sonstigem Material versehen. Durch das Einschreiten der Polizei kam es nicht zu ernstlichen Auseinandersetzungen, abgesehen von den wenigen Malen, wo die Schupo zum Teil mit Gummiknüppeln kommunistische Ansammlungen auseinanderreiben mußte. Am Freitag morgen wurde versucht unsere Zeitungsverkäufer bei den Hanja-Lloyd Werken an der Ausübung ihrer Tätigkeit zu hindern. Es kam zu kleinen Reibereien, bei denen es keine Verletzten gab.

Schule- und Spargedanke. Am 22. März wurde in der Union die Verbeausstellung der Stadt. Sparte in Bremen eröffnet. Der Zweck der Ausstellung ist es für den Spargedanten bei Schülern, Eltern und Lehrern zu werben. Daß der Schulpargedante auch in künstlerischer Hinsicht Erfolge gezeitigt hat, geht aus den dortigen Arbeiten von Schülerinnen und Schülern hervor. Es sind Arbeiten von Kindern einer Frankfurter Mittelschule. Das Leitwort dieser Arbeiten war „Segen des Sparens“ und Schüler vom ersten bis zum letzten Schuljahr haben sich daran beteiligt. Selbst der anspruchsvolle Betrachter wird neidlos kleine Künstler mit großer Begehung entdecken. In einem zweiten Saal hat die Sparte für die Stadt Bremen alte riesige Geschäftsbücher, Urkunden und Geldscheine aus früheren Zeiten und den Inflationsjahren ausgestellt. Wir wünschen der Ausstellung recht guten Besuch.

Polizeibericht. In der Nacht zum 20. März verwendeten Einbrecher aus dem Schaufenster eines Geschäftes an der Wollenstraße sieben Photoapparate, und zwar Schmalfilm „Kodak“ mit einem etwa 20 Zentimeter langen und 10 Zentimeter hohen Kasten, Rollfilm-Kasten-Photoapparat, einen Apparat, 9 mal 12, mit Compurverfisch, Objektiv 4,5, Contaflex Netell, Rollfilm 6 mal 9, Objektiv 6,8 mit Compurverfisch, zwei Stück Alfa-Rollfilm, 6 mal 9 und einen Kodak-Rollfilm, 6 mal 9. — In der Nacht zum 20. März wurde in der Straße „Hinter dem Schilling“ eine Kanalroste entwendet. — Aus einem in Kuhlshof lagern den Raddelboot wurden eine blaue Hölse, ein Raddel und zwei aus bunten Wollfäden getrickte Riesen entwendet. — Am Sonnabend und Sonntag sind in Bremen sechs Fahrräder, die zum Teil unangehängen und unbeaufsichtigt aufgestellt waren, gestohlen.

Unfälle. Am Markt wurde ein Radfahrer von einem vorbeifahrenden Kraftwagen angefahren und verletzt; das Fahrrad wurde beschädigt. — In der Nacht zum 20. März ist eine Straßenlaterne auf der Krummerstraße in der Höhe der Luftfahrt der Straßenbahn von einem Kraftfahrzeug umgefahren worden. Das Kraftfahrzeug ist wahrnehmbar erheblich beschädigt. Mitteilungen, die zur Ermittlung des unbekannten entkommenen Fahrzeugs führen können, nehmen alle Polizeiwachen und das Unfalldegenat im Polizeihaupt entgegen.

Auch der völlig Blinde sieht's —
Aus i's mit Prof. Dick.

raumgerecht begrenzten Stammesherzogtümer, der Zerfallung Sachsens, Frankens und Schwabens, der „kaiserlosen“ der schrecklichen Zeit“ ging die Giffstia, die vom westlichen Westen und Süden gekommen war, erst recht auf. Aus der freien Landchaft wurde ein „Hochstammgebiet“ unter einem „Landesherrn“, das Volk, einst das „Gefolge“, wurde zu Untertanen. Die deutsche Erde aber wurde in überhundert Fesseln zerissen, weil es die Raubgier der Mächtigen so verlangte. Da stand der Nationalgedanke, stand der echte Heimatinn.

Wie alles Völk unbekanntlich auch seine guten Seiten hat, so hat auch der Zusammenbruch der alten Dynastien im Herbst des Jahres 1918 längst veränderte Kraftquellen wieder an den Tag treten lassen. Die als „Einzelstaaten“ verfaßten Landchaften, die ein Wismar treffend als „färschlichen Familienbeiß“ kennzeichnete, aber blieben noch länger — bis heute bestehen, fällt aber der Mantel, fällt der Herzog auch. Im „Dritten Reich“ wird kein Raum sein für die territorialen Spielereien mittelalterlicher Machthaber von „Gottes Gnaden“ — (weil sie nämlich nicht von Volkes Gnaden sein konnten).

Ein großes Erwachen aber geht jetzt gerade durch Niedersachsen, ein Keden und Dehnen. Wie von tausendjährigem Schlaf erwacht, beginnt das Niedersächsentum, sich der unberühmten Kräfte seiner Heimat zu erinnern. Die gleitende Fessel fremderdlich zur Macht gekommener Fürstentümer ist und schon wird die im Boden und Blut einer tiefstaufendjährigen Ueberlieferung des Stammes lebendige erdentrachene Bauernkraft frei. Die Landchaft ist erlöst!

Soll geht ein Jubelruf durch die Lande, strahlend flattert das Banner mit dem uralten Heilszeichen der Sonne, dem Siegeszeichen des heldischen Menschentums führen Scharen voran. Der edle Mensch bekennt sich darauf, daß es keine kulturelle Gestaltung geben kann, ohne daß nicht das Schwert der Macht den Pfug des Bauern schützt.

Ein neuer Staatsgedanke aus Massenbewußtsein und Rauminn geworden, wird lebendig. Weit von Skandinavien bis ins Baltikum reicht einst die niedersächsische, die hanische Macht. So will es uns scheinen, als ob um die letzten drei freien Hansestädte, die letzten im Geiste wenigstens noch „freien“ Bauernschaften der Niederlande eine neue Zeit der Staatsgestaltung aus Landchaft und Geschichte erblühen will. — „Wer d'as als Slav!“ so schallt es vom Nordseestrand hell durch ganz Deutschland! Aus der Treue zur Heimat erhebt allein die Liebe zum Reich.

E. G. Sark.

Abhängig von der SPD.

Wie Schiele den Bauern mit der Landwirtschaftsfeindlichen Sozialdemokratie helfen will.

Die gegenwärtige Tributar-Neichsregierung Brüning-Schiele kann nur leben, weil die Sozialdemokratie sie stützt.

Das ist eine Tatsache, die keine noch so starke Rede verleugnen kann.

Herr Schiele will der Landwirtschaft helfen. Der einfache Bauer weiß, daß die Sozialdemokratie nie ihre Hand dazu reichen wird. Die Sozialdemokratie hat stets die deutsche Landwirtschaft bekämpft. Sie hat aus ihrer Einstellung nie ein Hehl gemacht. Einer der Prominentesten der SPD., der Jude Kautsky, erklärte auf dem Breslauer Parteitag vor dem Kriege:

„Für die Erhaltung des Bauernstandes einzutreten, haben wir keinen Grund... Die Sozialdemokratische Partei hat nicht die Aufgabe, den Bauernstand zu schützen, sondern es ist vielmehr im Interesse der Arbeiter gelegen, wenn der Bauernstand zugrunde geht!“

Diese programmatische Erklärung dieses tschechischen Juden wird noch ergänzt durch den Ausdruck: „Wenn Sie mir sagen, bis in 2 Jahren würde die ganze Landwirtschaft kaputt sein, so würde das für mich die erfreulichste Aussicht sein.“

Und dieser Linie ist die SPD. bis heute treu geblieben. Sie hat alles getan und tut alles, den gesamten Bauernstand zu proletarisieren und dadurch zu ent-

wurzeln. (Siehe Gefrierfleisch-Antrag).

Schiele aber ist mit der gesamten Reichsregierung von dieser Sozialdemokratie abhängig.

Bauer, glaubt zu nun noch an die Möglichkeit, daß die Agrarfrage dieser Reichsregierung und dieses Reichstages Dir helfen können? Daß Nothilfe-Maßnahmen Dir helfen können, die nur durch Unterstützung durch die Sozialdemokratie Gesetz werden können?

Bauer, wach auf! Man treibt ein falsches politisches Spiel mit Dir!

Deine Lösung kann nur heißen:

Weg mit der Reichsregierung!

Der mit einer Reichsregierung, die nicht um die

Gunst der volksverräterischen Sozialdemokratie

buhlt, sondern die unsere Lösung auf ihre Fahne

geschrieben hat:

Kein Paktieren mit der SPD.!

Kampf dem Marxismus in jeder Form!

Denkt an die
Angestelltenkammerwahl!

Erfüllungskatastrophe?

Die Schwierigkeit der Regierungsparteien wird von Tag zu Tag größer. Zwar sucht man durch schon gefärbte Reden sogenannter Staatsmänner, durch falsche Statistiken und großmäulige Zeitungsjournale, aber die Tatsache über die wahre Lage hinwegzutäuschen; aber die Geschehnisse des Alltags reden eine zu klare Sprache. Der Reichshaushalt 1930/31 hat ein Defizit von nahezu 1500 Millionen. Konfusse, Arbeitslosigkeit, Verdoppelung der Selbstmorde im letzten Jahr! Zusammenbruch überall. Die Kommunen sind im Absinken. Der Mittelstand, der schon jahrelang durch unerträgliche Steuern ausgeblutet wurde, soll neue Lasten tragen. Die Bürgerkammern geben den Steuerzahlern den Rest. Die kleine Stadt Oldenburg soll allein rund 750 000 Mark neue Bürgersteuern aufbringen. Ja, nicht ungetraut kann man 12 Jahre lang das Volksgut in den Städten und Ländern vergeuden. Es ist das Letzte verpulvert.

1927/28 gebrauchte man für die öffentlichen Finanzen einschließlich 4,2 Milliarden Sozialabgaben, 23 Milliarden Goldmark.

1928/29 war die Summe auf 26,4 Milliarden gestiegen, 1929/30 auf 27,5 Milliarden, 1930/31 auf 28 Milliarden. Mehr als 50% der Einnahmen aus der Arbeit eines 60-Millionen-Volkes werden so verpulvert. 1913 betrug im Vergleich zu der ungeheuren Summe, von heute der Gesamtbedarf 8,5 Milliarden.

Vom April 1928 bis Dezember 1930 haben Reich, Länder und Kommunen 8,2 Milliarden neue Schulden gemacht. Die öffentlichen Schulden belaufen sich heute auf 24,8 Milliarden RM. Daß eine solche Verschwendungswirtschaft unweigerlich zum vollkommenen Zusammenbruch der Gesamtheit führen muß, ist jedem Denker klar. Das Kreditgeld von Besseren, von Sanierung des Reiches, ist böswilliger Schwindel.

Die Arbeitslosigkeit steigt in ihrem Kern durch immer neue Zusammenbrüche von Wirtschaftsteilen, wenn auch die Zeitungen ein falsches Bild uns durch das Abströmen von Saisonarbeitern vorgegaukelt möchten. Mit der langen Dauer der Arbeitslosigkeit mehrten sich mechanisch die Zahlen der in den Kommunen von der Wohlfahrt unterstützten.

Das bringt die Finanzen der Städte zum Zerbrechen. Die Verschwendungswirtschaft der letzten 12 Jahre hat dazu geführt, daß man wertvolle Wirtschaftsmittel, Licht- und Kraftwerke, Hafenanlagen usw. gezwungen veräußert hat, ohne daß die dafür Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

Heute schreiben die Städte nach einer Veranschlagung der Wohlfahrtskosten; 75% der Gesamtlasten soll das Reich übernehmen.

Dr. Jarres läßt in der Zeitschrift „Der Städtetag“ einen Vorschlag vom Stapel: „In letzter Stunde“. Darin lesen wir:

„Soll der Zusammenbruch der Staatsordnung verhindert werden, so ist die Neuordnung der Erwerbslosenverteilung so dringend, daß sie mit dem neuen Rechnungsjahr in Kraft treten muß. Für die Aufstellung ihrer Haushaltspläne müssen die Städte die Entscheidung des Gesetzgebers mit aller Beschleunigung verlangen.“

Das wäre nur eine Verchiebung der Lasten auf das Reich, das selbst weder Geld noch Kredit besitzt. Mindestens 3,6 Milliarden Tribute und Zinsen fließen jährlich ins Ausland, trotz der von den Erfüllungspolitikern so gepriesenen Erleichterungen des Young-planes. Die Erfüllungskatastrophe naht.

Und damit die allgemeine Not, Hunger und Jammer. Die Tariflöhne können immer weniger aufrechterhalten werden. Wenn auch die roten und schwarzen Bonzen mit frommem Augenaufschlag Mitleid heucheln. Was kümmert sie die Not des Volkes, wenn sie nur selbst an den Geldbörsen ihrer Pfünden sich mögen. Eine Zeitschrift schreibt schon von einer notwen-

Wer herrscht in Rußland?

In der russischen Sowjetregierung sind oder waren:

1. Im Rate der Volkskommissare von 22 Mitgliedern 17 Juden.
2. In der Kriegskommission von 43 Mitgliedern 33 Juden.
3. Im Kommissariat für auswärtige Angelegenheiten von 16 Mitgliedern 13 Juden.
4. Im Finanzkommissariat von 30 Mitgliedern 24 Juden.
5. Im Justizkommissariat von 21 Mitgliedern 20 Juden.
6. Im Kommissariat für öffentlichen Unterricht von 53 Mitgliedern 42 Juden.
7. Im Kommissariat für soziales Hilfswert von 6 Mitgliedern 6 Juden.
8. Im Arbeitskommissariat von 8 Mitgliedern 7 Juden.
9. Im russischen Roten Kreuz von 8 Mitgliedern 8 Juden.
10. Im Provinzialkommissariat von 23 Mitgliedern 21 Juden.

Überhaupt sind von den Führern des Sowjets 34 Letten, 30 Russen, 12 Armenier, 10 Deutsche, aber 447 Juden.

Es ist nicht Sache des Zentrums.

Die „Germania“, das führende Zentrumsblatt Deutschlands brachte neben leibendlichen, von falschem Gewissen diktierten stotternden Erwiderungen folgende Erklärung:

„Es ist nicht Sache der Zentrumspartei, sondern der Kirche, den christlichen und religiösen Menschen zu fördern.“

Fürwahr, man traut seinen Augen kaum. Diese unglaubliche Erklärung übersteigt alles Dagewesene an zentralistischer Biegbarkeit und Charakterlosigkeit. Das mag dieselbe Partei öffentlich zu erklären, die selbst keinen Unterschied mehr kennt zwischen Kirche und Partei, zwischen Seele und Stimmzettel. Ist es nicht höchst befremdend, daß die bayerischen und anderen Bischöfe erst nach dem 14. September die

angebliche Religionsfeindlichkeit des nationalsozialistischen Programmes, das doch 11 Jahre offen da lag, deckten?

Obiges Verhalten in der offiziellen Germania-Erklärung ist geradezu ein Schulbeispiel Wüthens-Gladbacher Dresfur. Man kann rechts, man kann links sein, den jeweiligen Forderungen des Augenblicks entsprechend. Wogu gibt es auch eine reformation mentalis! Die Maske fiel. Manchmal schläft auch — nicht etwa Homer! — sondern nur die zentralistische Zeitungseigenschaft. Dann springt die Kage aus dem Sack — und das ist gut so. Ein Katholik!

150 Fordwagen täglich in Köln gebaut.

Deutsche Werte werden billigelegt.

Die Ford-Company hat sich in Köln mit einem Kostenaufwand von 6 Millionen Mark ein riesiges Fabrikgebäude errichten lassen und am 1. April soll mit der Herstellung von Ford-Wagen begonnen werden. Ford hat Werke in England, in Kopenhagen, Stockholm, Antwerpen usw. Jetzt soll von Köln aus Südost- und Mitteleuropa erobert werden.

Es sollen täglich am laufenden Band 150 Wagen hergestellt werden. Drei Eisenbahngleise und für den Transport auf dem Wasserwege eine Kaiwand von 196 Meter Länge sind zum Verladen der fertigen Wagen bestimmt.

Die deutsche Automobilindustrie liegt darnieder. Man klagt über unüberwindliche Absatzstodungen. Aber man sieht seelenruhig zu, wie Ford, nachdem er den amerikanischen Markt überschwemmt und überflügelt hat, nunmehr auch Deutschland mit seinen Wagen übersutet.

Es ist selbstverständlich, daß die deutsche Autoherstellung der Fordischen Preis Konkurrenz nicht gewachsen ist, nicht gewachsen sein kann, schon auf Grund anderer Arbeitsmethoden und anderer Qualität.

Man tröste sich auch nicht damit, daß das neue Auslandswert vielleicht 1200 bis 1500 Arbeiter beschäftigen wird. Eine viel größere Anzahl wird durch die neu entstandene Konkurrenz in deutschen Werken brotlos.

Das Ganze nennt man hierzulande die „Wirtschaftsanfurbelung“.

Bücherecke.

Dr. Hjalmar Schacht: Das Ende der Reparationen. Im Verlag Gerhard Stalling, Oldenburg i. O., erschien recently die Buchausgabe des Werkes des ehemaligen Reichsbankpräsidenten Dr. Hjalmar Schacht: „Das Ende der Reparationen“. Das Buch kostet 1 Mark 20 Pf. 6.20, in Gangenien gebunden RM. 6.80 und ist in jeder Buchhandlung erhältlich. Mit Genehmigung des Verlages bringen wir aus dem Buche den nachfolgenden Auszug:

Das marxistische „System“.

Die innerpolitische Folge des verlorenen Krieges war, daß durch die Revolution vom November 1918 eine Parteiemacht aus der Revolution, die in keiner Weise auf die Verteidigung der national-wirtschaftlichen Interessen eingestellt war, sondern zunächst den engen Triumph ausrief, ihre sozialen Parteitheorien, von denen sie das Glück der Menschheit erhoffte, durch die Ergreifung der innerpolitischen Macht in Deutschland verwirklichen zu können.

Nach dem Kriege hätte es für Deutschland nur ein einziges klares Ziel geben dürfen: alle nationalen Empfindungen zu pflegen, sie auf die Erhaltung aller noch verbliebenen Ueberlieferungen zu konzentrieren und durch eiserne Sparbarkeit und Arbeitsamkeit die eigenen Produktionskräfte zu steigern. Es ging wohl über die Kraft der Dredge fast fünf Kriegs- und Hungerjahre gequält und zermürbten Menschen. Dennoch hat das marxistische System, das uns die Sozialdemokratie nach dem Kriege bekehrte, ein gerütteltes Maß von Schuld an dem innerlichen nationalen Verfall unseres Volkes, von dem es jetzt erst wieder aufzustehen beginnt. In England und Frankreich hat es die sozialdemokratische Partei — immer sehr zur Enttäuschung der deutschen Sozialdemokratie — verstanden, die eigenen nationalen Interessen zu wahren, ganz zu schweigen von dem bolschewistischen Hypernationalismus Russlands. Die Fehler unseres revolutionären „Systems“ haben sich viel schlimmer auf dem Gebiet der moralischen und kulturellen Gesinnung aus-

gewirkt als in bloßen äußeren Dingen. Dennoch wird man auch an den materiellen Beweismäßen, die dieses System über die deutsche Wirtschaft gebracht hat, nicht vorübergehen können. Dabei wollen wir alle Entschuldigungen gelten lassen: die Fehler der Vorkriegszeit, obgleich diese Zeit durch einen steigenden Wohlstand der unteren Volksschichten gekennzeichnet war, und die Fehler der Kriegszeit, obgleich es schwer wird abzumägen, auf welcher Seite der deutschen Volksschichten die größeren Fehler begangen wurden. Die Grundfreiheit des sozialistischen Systems ist die ungeheure Ueberbeherrschung der Staatsmacht. Ein Uebermaß von Bürokratie und damit ein übermäßiges Anwachsen der Zahl der Beamten erhöht die Inproduktivität des Verwaltungsapparates, der doch gewissermaßen nur die Generalunterschiede eines Unternehmens darstellen dürfte. In jedem Unternehmen, in dem die Generalunterschiede im Verhältnis zum Gesamtproduktserfolg einen zu großen Prozentsatz ausmachen, tritt Vergeudung von Substanz und Verfall des Unternehmens ein. Das ist genau, was in Deutschland geschehen ist. Je weniger es gelang, die Verstaatlichung der Produktion erfolgreich zu gestalten, um so stärker ist die sozialbürokratische Behinderung der freien Produktion geworden. Die Träume von der Verstaatlichung der Produktion, die in den Köpfen der sozialistischen Theoretiker spukten, wurden schon in den allerersten Monaten nach der Revolution zu Wasser.

Der Nationalismus in Abwehr.

Bekanntlich hat General Ludendorff vor einigen Monaten eine Schrift herausgegeben: „Weltkrieg droht“, in der sich der größte Soldat des Weltkrieges leider nicht auf militärische und strategische Gedanken und Erwägungen beschränkte, sondern sich — und das sollte wohl der Hauptzweck der Schrift sein — zu geradezu ungeheuerlichen Herabsetzungen, Verleumdungen und Beschimpfungen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und ihres Führers Adolf Hitler hinreißen ließ. So verließ ihn in seiner blinden Wut gegen den Nationalsozialismus Sachlichkeit und Gerechtigkeit und in einer an Größemacht grenzenden Selbstüberhebung und bis zum Neuzerren ge-

steigerten Gefäßigkeit glitt der General vom Militärischen ab, in dem er Meißer ist, und ließ sich als allerschlimmste Zeit war, zur Abwehr zu schreiben. Diese Verteidigung des angegriffenen Nationalsozialismus gegen den verbitterten General hat nunmehr einer der bekanntesten Kämpfer für unsere Weltanschauung Dr. Oberleitner, a. Z. Georg Heilmann übernommen, der vor Jahren intimer Mitarbeiter Ludendorffs war und diesen so genau kennt, wie kaum ein zweiter. Vornehm und ritterlich kreuzt er auch auf militärischem Gebiet seine Kämpfe mit dem von ihm einst so verehrten General und belächelt von hoher Warte die politische Lage in ihrer ganzen Schieflage und Verwerflichkeit, wie Ludendorff sie sieht. In den Abschnitten: Ludendorffs Weltbild — Ludendorffs Bündnisysteme — Wie Ludendorff das Gruseln lehrte! usw. tritt ihm der Verfasser entgegen. In weiteren 9 Kapiteln weist er überzeugend und klar dem General 9 Unsinnsseiten nach. Zwei besondere Abschnitte befassen sich mit der Person Ludendorffs und seiner Gattin Frau Dr. Mathilde. Hier erreicht dieses kleine Meisterwerk seinen Höhepunkt. Die beiden Abschnitte, in denen der Verfasser zum Angriff übergeht, sind für das „Haus Ludendorff“ geradezu vernichtend. Scharf und rücksichtslos schneidert der zweifelslos mit einzigartiger Geistesgröße und unübergehrlicher Unanfechtbarkeit behandelte untadelige Offizier dem Haupte Ludendorff Wahrheiten ins Gesicht, die eben deshalb so wirken, weil sie nackte Wahrheiten und Tatsachen sind. „Seht euch eure Führer an!“ Dieser Mahnruf Ludendorffs an seine Tannenbergebünder wird somit zur Waffe gegen den, der den Ruf einst tat. Diese Schrift, die im wahren Sinne des Wortes eine Kampfschrift ist, wird nicht nur in Deutschland ungeheures Aufsehen erregen. Sie wird in den Händen aller national denkenden Deutschen und nicht zuletzt in denen der so schwer angegriffenen Nationalsozialisten eine wertvolle Waffe der Aufklärung sein. Wenn Ludendorffs Mahnruf „Weltkrieg droht“ in einer Auflage von 200 000 erschienen ist, so muß die Abwehrschrift Heilmanns eine solche von 2 Millionen erleben. Das verdient sie — zum Beilen des deutschen Volkes.

digen Kürzung der Beamtengelder um 35% (!). Ja, das Leben in Schönheit und Würde beginnt! Die schwarz-roten Herren Deutschlands sollen jetzt ihre Versprechen einlösen.

Die Kaiserinlinder im Reichstag machen die tollsten Bodsprünge. Die SPD. schließt zum Leidwesen ihrer Agitatoren im Lande den Bannkreuzer. Brünning weiß sich der Agitationsforderungen der SPD., die zur Verhütung der Massen draußen notwendig geworden sind, nicht zu erwehren.

Die Gummihüpfarbeit gegen die Deutschen in Deutschland erreicht das Gegenteil von dem, was sie schaffen sollte. Die Bischofserlasse gegen Nationalsozialismus und Stahlhelm verpuffen wirkungslos, da sie nur zur Errettung des Zentrums auf Wunsch von Zentrumsbänden losgelassen wurden.

Es gibt einen Ausweg, eine Errettung aus der Erfüllungskatastrophe: Die Zermalmung der marxistischen Wirtschaft- und Kulturfeinde und die Rückkehr der anderen zum bedingungslosen Freiheitswillen, zum Teufelskum!

Sofortige Auflösung des preussischen Landtages und des Reichstages ist nötig! Unverantwortlich geradezu ist das Benehmen der Zentrumsbünde. Sie sind die Todfeinde des Volkes geworden, die in engerer Vernetzung mit den Gottlosen leben. Ihnen, Marxisten und Zentrumsrührern mit ihrem Anhang, haben wir die grauenvollen Zustände von heute und in der nahen Zukunft zu verdanken.

Das erwachte Deutschland wird in Kürze furchtbare Abrechnung mit dem un deutschen Geindel halten!

Severing bläst zum Angriff.

Der preussische Innenminister spricht zum Vordröbner.

Bei einer Kundgebung des Reichsbanners im Zirkus Busch in Breslau sprach Dienstagabend der preussische Innenminister Severing über das Thema „Der Kampf in Preußen beginnt“. Aufgabe des Reichsbanners sei es, zu zeigen, daß die Republik nicht ohne Republikaner und die Mehrheit des deutschen Volkes friedliebend gestimmt sei. (Deshalb haben die Reichsbannerherren wohl gerade jetzt wieder einen unserer Kameraden in Kaiserlautern Viehisch zusammengestoßen?) Die preussische Regierung sehe dem Ansturm mit der Ruhe des guten Gewissens entgegen. Severing beschäftigte sich dann sehr eingehend mit den Nationalsozialisten. Die Agitation der Kommunisten hätte nicht den jetzigen Umfang angenommen, wenn nicht die Ausbreitungen der Nationalsozialisten die Kommunisten geradezu herausgefordert hätten (!). So sehr habe das Reichsbanner die Verteidigung wünsche, so sehr habe es aber auch die Pflicht, wenn der Staat rufe, getreu seinem Schwur für diesen Staat zu kämpfen. (!) Dazu schreibt der „B. V.“:

Wir stellen also zunächst fest, daß der Innenminister Preußens bei der Organisation spricht, die fast täglich Nationalsozialisten feig aus dem Hinterhalt überfällt und Viehisch niederschlägt. Deren Horden gerade jetzt wieder einer unserer Kameraden zum Opfer gefallen ist. Dieser Organisation ruft der Minister-Genosse zu, sie müssen „kämpfen“.

Als vor kurzem das Reichsbanner eine Verammlung in Moabit abhielt, erklärte der SPD.-Genosse Graf, das Reichsbanner wolle „die proletarischen Massen aufreizen und aufhetzen“.

Dann las dieser „Bastard“ ein Revolutionsrezept Lenins vor und erklärte unter tosendem Beifall, diese Republik liebe er nicht, sie wollten den sozialistischen Staat schaffen. Dazu spielte die Reichsbannerkapelle die Internationale. Der ganze Saal war mit roten Fahnen drapiert, schwarz-rot-gold war nicht zu sehen.

Das ist das wahre Gesicht dieser Organisation, der Severing besonders Siehe gilt. Das Urteil über die neueste Hebe dieses Herrn wird jeder Klar denkende selbst finden.

Frankreichs Goldmilliarden.

Von H.

Auf 53,58 Milliarden, also um fast 12 Milliarden hat sich im vergangenen Jahre der Goldschatz der Bank von Frankreich erhöht und damit die vierfache Höhe der Goldbestände der Reichsbank erreicht. Dazu kommen aber noch 7 Milliarden goldreicher Auslandsguthaben. Frankreich ist damit das zweitreichste Land an Gold hinter U.S.A. geworden und der Diskont von Paris beträgt gleich jenem von New-York 2%.

Die Franzosen betonen gerne, daß die Goldthesaurierung nicht ganz ihrem Willen entspräche, daß vielmehr der Außenhandel so viel Geld nach Frankreich fließen lasse und vor allem die unsicheren politischen Verhältnisse in vielen Ländern es vorzögen Staatsmännern geraten erscheinen lassen, Goldreserven in Frankreich zu schaffen. Nun, gewisse Opfer muß Frankreich seinem großen Goldbesitz bringen; aber wir wissen, daß Frankreich schon immer seinen Reichtum als wirksames Machtmittel zur Verwirklichung seiner politischen Pläne angesehen hat, wie auch das Judentum in der Beherrschung des Geldes die Stütze seiner Macht erblickt. Heute, wo die Wirtschaftspolitik der verächtlichen Länder ummundern zugeben, daß der Unfriede von Versailles die Hauptschuld an der wirtschaftlichen Verelendung Deutschlands und indirekt damit Europas und der ganzen Welt trage, erblicken die verantwortlichen Stellen Frankreichs, vom Haßgeiste der Schöpfer des Versailler Friedensdiktates befeet und befeet, im Goldschatz Frankreichs die stärkste Waffe zur Verewigung von Versailles.

Die Erkenntnis des Unheiles von Versailles beginnt allernächste aufzudämmern. Die belgische Regierung hat zum weiteren Ausbau des Festungssystems in Gemäßheit des militärischen Abkommens mit Frankreich aus dem Jahre 1920 einen weiteren Betrag von 300 Millionen gefordert. Selbst der belgische Sozialdemokrat Banderbede hat sich dem Ansturm der ganz im Bann der französischen Kriegsheer stehenden Militärfreie seines Landes mit der Begründung widersetzt,

Deutschlands Katholiken am Scheidewege.

Für oder gegen Hitler? — Für oder gegen Deutschland? — Für oder gegen christliche Kultur? — Für oder gegen Idealismus oder Materialismus.

Ueber das vor kurzem im Verlag Eher, München erschienene Werk des Universitäts-Professors Dr. Starf „Nationalsozialismus und Katholische Kirche“, das in ganz Deutschland gewaltiges Aufsehen erregt hat, schreibt uns ein katholischer Akademiker:

Könnte man bisher einem Katholiken, der aus alter Anhänglichkeit immer noch Zentrum wählte, wenigstens den guten Glauben, auf dem richtigen Wege zu sein, zubilligen, so ist dies heute nach dem Erscheinen des Starfschen Buches, das sich jeder für billiges Geld (1. Rm.) verschaffen kann und das den großen Vorzug besitzt, außerordentlich klar und volkstümlich geschrieben zu sein, nicht mehr möglich. Es ist eines der wenigen deutschen Bücher der Nachkriegszeit, das zur richtigen Zeit erschienen ist, das alle Dinge ungekünstelt bei ihrem Namen nennt, das mit seltener Folgerichtigkeit, zwingender Logik und strenger Sachlichkeit geschrieben ist und ganz sicher große Bedeutung in dem politischen Leben Deutschlands gewinnen wird. Die Wichtigkeit und Bedeutung dieser Neuerscheinung auf dem politischen Büchermarkt ist über allen Zweifel erhaben. Das Problem ist für möglichst weite Verbreitung des kleinen Wertes besonders in katholischen Volksteil Deutschlands oder besser gesagt, in den katholischen Kreisen Deutschlands, die noch auf dem Boden des Zentrums stehen, Sorge zu tragen.

Das Werk geht folgerichtig aus von einer Klarstellung der augenblicklichen politischen Lage in Deutschland. Zentrum und Sozialdemokratie haben sich die Macht geteilt: in Preußen herrscht mit Unterstützung des Zentrums die Sozialdemokratie, im Reich mit Unterstützung der Sozialdemokratie das Zentrum. Das Bündnis zwischen beiden ist fester denn je. Zentrum und Sozialdemokratie sehen im Nationalsozialismus den gemeinsamen Gegner, den sie mit allen Mitteln bekämpfen. Das Zentrum behauptet in diesem Kampfe, der Nationalsozialismus sei unvereinbar mit der kath. Weltanschauung, ja er sei ein Feind der katholischen Kirche und eine Häresie. Das Zentrum weiß sehr wohl, daß diese Behauptung falsch ist, aber es verfolgt ganz bestimmte Zwecke mit dieser falschen Behauptung: es will sich seine Wähler und seine Macht erhalten, es will seinen Bund mit dem Marxismus aufrechterhalten und es will gutgläubige Katholiken abhalten, bei den nächsten Wahlen nationalsozialistisch zu wählen. So geht beim Zentrum ganz offensichtlich Eigennutz vor Gemeinnutz und ebenso offensichtlich wird Mißbrauch getrieben mit dem Namen der katholischen Kirche.

Ganz anders der Nationalsozialismus, der die Pflege des guten Verhältnisses zu beiden christlichen Kirchen in sein Programm aufgenommen hat und immer wieder das Bewußtsein fördert, daß die evangelischen und katholischen Deutschen auf Grund ihrer Abstammung von denselben gemeinsamen Vorfahren Angehörige desselben Volkes sind. Ein Deutscher, der die konfessionellen Gegensätze fürchtet, ist schweres Unrecht gegen sein eigenes Blut. Wieviel höher ist dieser kurz faßliche Standpunkt des Nationalsozialismus als der kümmerliche, engherzige, unehrliche Parteistandpunkt des Zentrums!

Nicht mit Unrecht weist der Verfasser darauf hin, daß die Kirche in Italien, Frankreich, Polen, den Nationalsozialismus duldet und daß sie schon aus Gerechtigkeit und Neutralität nicht anders kann, als auch einen deutschen Nationalsozialismus anerkennen, trotz aller gegenteiligen Bemühungen von Zentrumsseite beim Papst und bei den Bischöfen. Nicht einmal 40 Prozent der deutschen Katholiken hat bei den letzten Wahlen Zentrum oder bayerische Volkspartei gewählt!

Für das Zentrum sind Religion und Kirche nicht Ziele, sondern nur Mittel zum Zwecke des politischen Geschäftes, wie stark im einzelnen überzeugend nachweist.

Besonders eingehend behandelt der Verfasser auch die Stellung der NSDAP. zu Religion und Kirche. Zur Beurteilung dieser Frage, wenn sie im objektiven Sinne erfolgen soll, darf einzig und allein der Absatz 24 des Programms, (dessen erster Satz sich nicht gegen die christliche Religion richten kann, da im zweiten Satz ausdrücklich die bestehenden christlichen Bekenntnisse als religiöse Grundlage des nationalsozialistischen Staates bezeichnet werden) sowie Hitlers Buch „Mein Kampf“ herangezogen werden. Alles übrige, auch das vielzitierte Buch Koenenbergs, ist zur Beurteilung dieser Frage in Volksversammlungen zwar wirkungsvoll gegen den Nationalsozialismus zu verwenden, tatsächlich aber ohne jede Bedeutung.

Von großer Bedeutung für die Beurteilung der gesamten Frage „Nationalsozialismus und katholische Kirche“ ist der Hinweis auf zwei Bestimmungen des Konföderates, das der Papst abgeschlossen hat mit dem Faschismus, der in Italien die Rolle des Nationalsozialismus übernommen hat. Ganz abgesehen davon, daß durch den Abschluß des Konföderates in Italien eine Bewegung vom Papst als Verhandlungspartner vollständig anerkannt ist, die in Deutschland von den Bischöfen mehr oder minder ablehnend und feindlich behandelt wird, enthält das italienische Konföderat weitgehende Bestimmungen, die auch in einem nationalsozialistischen Deutschland einmal eine große Rolle spielen dürften, so über das Schulwesen, den Religionsunterricht (durch Geistliche oder besondere Beauftragte erteilt), die Anerkennung der katholischen Aktion Italiens, das Verbot der politischen Betätigung für die katholische Geistlichkeit Italiens u. v. a. In Italien ist so der Friede zwischen Staat und Kirche gewährleistet, ein Ziel, das auch der Nationalsozialismus verfolgt. Kein Geringerer als der frühere Nuntius und jetzige Kardinalstaatssekretär Pacelli bezeichnet in seinem Geleitwort dieses Konföderat als Muster für andere Länder. Die Frage, ob auch in Deutschland das Zentrum ein ähnliches Konföderat rückhaltlos begrüßen würde, muß offen bleiben.

Außerordentlich wertvolles Material bringt der Verfasser auch über die Person des vom Zentrum besonders gehässig verfolgten großen Führers Hitler, ferner über die Bedeutung der Massenfrage, die ihn zu sehr unangenehmen Feststellungen über das Zentrum und viele kirchliche Kreise nötigt, da er hier erstmalig Gegenstände zu schätzbaren Ergebnissen der wissenschaftlichen Forschung aus katholischer Seite aufdeckt. Ebenso wertvoll ist das Material über die Stellungnahme von Papst und Bischöfen gegen den Nationalismus, gegen deren klaren Weisungen das Zentrum fortgesetzt verstößt; ferner über die antinationalistische Politik des Zentrums, die nationalen Aufgaben der deutschen Katholiken, die Gewissheit des nationalsozialistischen Sieges und den erstrebten Frieden zwischen Nationalsozialismus und katholischer Kirche.

Das Ergebnis der außerordentlich klaren und gründlichen wissenschaftlichen Arbeit, kann man zusammenfassen in den Satz: Ein Katholik, der sich seinem Volke und Vaterlande nicht weniger verpflichtet fühlt als seiner Religion, darf nicht mehr Zentrum sondern nur noch nationalsozialistisch wählen.

Das Buch „Nationalsozialismus und katholische Kirche“ hat eine hohe und bedeutende Mission im Interesse des Volksganges zu erfüllen, seine möglichst weite Verbreitung ist deswegen eine dringende Notwendigkeit.

N.B. Dies Buch ist durch die Bremer Nat.-103. Zeitung zu beziehen. (Die Red.)

daß das feinerzeitige Militärabkommen doch durch die Grenzgarantie von Locarno überholt worden sei. In England neigt man deshalb zur Ansicht, daß das militärisch und wirtschaftlich gleich ohnmächtige Deutschland in nächster Zeit für einen Angriffskrieg gegen Belgien und Frankreich nicht und nimmer in Betracht kommen könnte, daß der Ausbau der belgischen Festungen, namentlich Antwerpens, seine Spitze gegen England zeige. Gewiß nicht aus Liebe zu Deutschland, aber in Anbetracht der politischen und wirtschaftlichen Tatsachen erwacht auch in England die Unzufriedenheit mit Versailles und der französischen Politik. Der bekannte Leitartikel der Times am Dreikönigstage hat wohl nur den Beifall der unentwegten Franzosenfreunde gefunden; seine Abicht, auf die Deutsche Regierung vor der kommenden Auseinandersetzung mit Polen in Genuß einschüdernd zu wirken und die „nationalistische Welle“ in Deutschland niederzuhalten, war zu deutlich. Die Erwartungen der Engländer für eine „Konferenz, die das Goldproblem im großen Stile“ lösen sollte, sind auf den Pariser Besprechungen gründlich enttäuscht worden. Auch die Engländer mußten erkennen, daß Frankreich im Neujahrsblatte des „Matin“ angeforderte Hilfsbereitschaft für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas nur Geste war; ein finanzielles Zusammengehen mit England wäre nur um den Preis der Anerkennung von Paris als erste Finanzmacht und des endgültigen Verzichtes auf die frühere Finanzstellung der Londoner City zu haben gewesen. Auch eine finanzielle Hilfe für Deutschland wird in Frankreich von der Verzichtleistung auf die Verzichtung der Grenzen und von den gänzlichen Verzicht auf eine Revision von Versailles abhängig gemacht. Eine weitere Goldabwanderung von London nach Paris macht dem englischen Schatzkanzler Snowden die Umwandlung der hochoverzinsten in niedriger verzinsten Kriegsanleihen unmöglich und rückt vor allem die Senkung des Londoner Diskonts, der heute 3% beträgt, in weite Ferne. Snowden sagt in ironischem Ton und mit unbehüllter Schadenfreude, der Unterschied zwischen dem Londoner und Pariser Zins-

satz sei nicht groß genug, um „die klare und vertrauensvolle Bewegung des Kapitals vom französischen zum englischen Markte abzuwenden.“ Angefächelt der immer steigenden Arbeitslosigkeit und der kritischen Lage der englischen Standardindustrien, die vor allem in weit geringerem Maße als die Deutschen durchnationalisiert sind, wäre der englischen Arbeiterregierung eine „Lösung des Goldproblems im großen Stile“ sehr erwünscht, zumal man mit vorzeitigen Wahlen rechnen muß. Schon bei den haager Verhandlungen haben sich die tiefen Gegensätze zwischen den Interessen Englands und Frankreichs gezeigt. Die Erfüllungsbewertung der Deutschen Young-Parteien hat damals Deutschland die Ausnutzung der günstigen Gelegenheit unmöglich gemacht. Die französischen Goldreserven sind in der Hand der französischen Regierung nicht nur eine wirtschaftliche, sondern in erster Linie eine politische Macht! Wie leicht Frankreich Geld an das Ausland, ohne damit politische Vorteile einzufahren und politische Ziele zu erringen, die seine Vorherrschaft in Europa und der Welt sichern sollen. Man denke an die Milliarden, die Frankreich vor dem Kriege an Ausland gab. Sie haben ihm den Sieg im Weltkrieg ermöglicht.

Wäre es den Franzosen ernst um ihre Bereitschaft, am Wiederaufbau Europas mitzuwirken, nämlich, es gäbe Gelegenheit genug dazu. Die Goldvorräte würden Frankreich die Gewährung niedrig verzinslicher langfristiger Anleihen ermöglichen. Vor allem aber könnte mit dem Golde Frankreichs das Arbeitslosenproblem einer schnelleren Lösung zugeführt werden. Sier könnte Frankreich Europa Hilfe bringen, wenn es den französischen Käufern wirklich Ernst mit ihrer Hilfsbereitschaft wäre. Die erste Voraussetzung aber ist der Abbau von Versailles. Ihn zu verhindern ist die Aufgabe der französischen Goldmilliarden.

Verlangen Sie in allen Gaststätten
die B. N. 3.